

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 1107 und 1108.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einleitung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Radrang der Postzustellung für 1918 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Inserate kosten die Nebenspaltsen Nonpareilgröße aber deren Raum 70 M. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 20 M., jedes weitere Wort 15 M. Die dreispaltigen Reklamazeilen 3 M., Teuerungszuschlag 20 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 8 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Freitag, den 20. Dezember 1918

Nummer 65

Eine Krise im Kongreß der U.- und S.-Räte.

Wahlen am 19. Januar. — Keine Vertretung der Unabhängigen im Zentralrat.

Die internationale Arbeiterkonferenz Anfang Januar.

Die englischen Arbeiter rühren sich.

London, 18. Dezember. Der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftskongresses und der nationale ausführende Ausschuß der Arbeiterpartei kamen heute zusammen, um über die vorgeschlagene internationale Arbeiterkonferenz, die gleichzeitig mit der offiziellen Friedenskonferenz abgehalten werden soll, zu beraten. Die beiden Ausschüsse kamen überein, zusammen mit den Arbeitern und den sozialistischen Parteien der anderen Länder eine internationale Konferenz zur Anfang Januar einzuberufen.

Die Ausschüsse würden es vorgezogen haben, die Konferenz in Paris abzuhalten. Da sich das aber als unmöglich herausstellte, so wurde beschlossen, sie in einem neutralen Lande, wahrscheinlich der Schweiz, einzuberufen. Es wurde ferner beschlossen, daß die britische Abordnung aus 10 Mitgliedern, von denen 5 den Gewerkschaftskongreß vertreten, und 5 der Arbeiterpartei mit ihren angegliederten Organisationen entnommen sind, zusammengeführt werden soll. Zum ersten Teil der Abordnung werden gehören: J. D. Thomas, Bill Thorne und Dorman, zu dem zweiten Clynnes, Ramsay MacDonald, Arthur Henderson und Frau Snowden. Die Abordnung wird von einer Anzahl sachverständiger Berater und von Sekretären begleitet sein.

Rotterdam, 19. Dezember. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die Verammlung der Leiter der englischen Arbeiterpartei und des Arbeiterkongresses, auf dem die Abhaltung einer internationalen Arbeiterkonferenz in der Schweiz beschlossen wurde, faßte auch eine Entschlieung, die dem Premierminister zugestellt werden soll. Darin wird die Ansicht ausgesprochen, daß der Friedensvertrag in Uebereinstimmung mit dem ersten von Wilhelms 14 Punkten in voller Offenheit verhandelt und abgeschlossen werden muß. Ferner wird gefordert, daß die Presse- und Zensurur unversichtlich aufgehoben und dessen Berichte über die Verhandlungen der Friedenskonferenz und des Arbeiterkongresses ohne Einschränkung und Veräpferung veröffentlicht werden dürfen. Auch soll sofort für die britische Presse das Verbot der Erörterung der Friedensbedingungen aufgehoben werden, damit das englische Volk die gleiche Behandlung genießt wie das amerikanische.

Die Engländer und die U.- und S.-Räte.

Berlin, 19. Dezember. Der Regierungsabst- zent in Köln hat solchen auf Veranlassung des britischen Generalgouverneurs nachstehende Ver- fassung an die Behörden des von der britischen Armee besetzten Gebietes erlassen lassen:

Der britische Generalgouverneur hat angeordnet, daß in dem von den britischen Truppen besetzten rechts- und linksrheinischen Gebiet die Arbeiter- und Soldatenräte jeglicher Einwirkung auf Staats- sowie der Einmischung in Verwaltungsgeschäften zu enthalten haben. Ferner haben die Arbeiter- und Soldatenräte ihre gesamte Tätigkeit ausschließlich einzu- stellen und sich auch der Benutzung öffentlicher und kommunaler Gebäude und Einrichtungen zu enthalten. Jedem erachtet, dies heißt den Arbeiter- und Soldatenräten bekannt zu geben und diejenigen Personen, die der Anordnung des britischen Generalgouverneurs entgegen handeln, mir namhaft zu machen. Die englischen Militär-

behörden werden dann gegen dieselben einschreiten. Die Entscheidung, die hiernach von den englischen Ver- waltungsbehörden über die U.- und S.-Räte getroffen wurde, kann nach manchem, was bereits bekannt geworden ist, nicht mehr überraschen, wird aber jedenfalls bedauert werden müssen. Der britische Generalgouverneur in Köln hat nicht einfach die Auflösung der U.- und S.-Räte angeordnet. Sie sollen weiter bestehen bleiben dürfen. Aber ihre Tätigkeit wird ihnen in ihrem wichtigsten Teile unter- bunden. Sie sollen zu einer Art von Dekorationsstücken werden. Vielleicht sind die englischen Behörden zu ihren Entschlüssen nicht ganz unbeeinflusst von ihnen gekommen, die als deutsche „Patrioten“ allzeit dem Wirken der U.- und S.-Räte mit heißen Blicken zusehen haben.

Neue U-Bootkriegs-Entwürfe.

Washington, 18. Dezember. (Reuter.) Im Senatsausschuß zur Untersuchung der deutschen Propaganda wurden heute Schriftstücke zu Protokoll genommen, die bei der Eroberung von Palästina durch die Engländer im Quartier von Bapen vorgefunden wurden. Nach diesen Schriftstücken hatte Deutschland im Oktober 1918 einen U-Bootkrieg gegen Holland und Skandinavien geplant.

Dem Rat der Volksbeauftragten ist von einem solchen Plane nichts bekannt. Das beweist natürlich nicht, daß ein solcher Plan nicht bestand, denn den früheren Nachtübern ist jedes Verbrechen und jede Dummheit zuzutrauen.

Die Entente und die Nationalversammlung.

In der Waffensstillstandskommission in Spa kam es am 18. Dezember zu interessanten Auseinandersetzungen über die Wahlen zur Nationalversammlung in den besetzten Gebieten. Der deutsche Vertreter überreichte eine Note, in der schnelle Be- friedigung der Vertriebenen erbeten wurde, und sagte hinzu, daß es nicht nur im deutschen Interesse liege, wenn baldigst geordnete und verfassungsmäßige Zustände in Deutsch- land hergestellt würden. Dies sei die Hauptaufgabe der Nationalversammlung, in der das gesamte deutsche Volk, also auch die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete vertreten sein müßte. Bei der gegenwärtigen Espernung dieser Landestteile sei aber die ordnungsmäßige Vornahme von Wahlen sowie die hierzu erforderlichen Vorbereitungen ausge- schlossen.

In Beantwortung der Note gab General Rubent der Ver- fassung Ausdruck, daß die Frage an oberer Stelle als zu allgemein gehalten betrachtet werden könnte, weil aus ihr nicht deutlich her- vorgehe, was deutschseits verlangt würde. Die Wichtigkeit der Wahlen sei unbestreitbar, und ihre ordnungsgemäße Durchführung dürfe nicht behindert werden. Es läme jedoch darauf an, zu wissen, was unter freiem Verkehr zwischen den Gebieten links und rechts des Rheins zu verstehen sei. Es sei klar, daß eine gewisse An- zahl Anrunder stützender Elemente nicht hin- und herreisen dürfe.

Von deutscher Seite wurden zu dieser Frage nähere Angaben in Aussicht gestellt.

Nach Erörterung über die Abgabe des Eisenbahnmaterials, wo- bei General Bylandt den guten Willen zur Durchführung der Be- stimmungen anerkannte, wurde noch mitgeteilt, daß die Ex- zessive zur Heimreise in die besetzten Gebiete sowie zum Verbleib innerhalb derselben und zur Ausreise von den Militär- wirtschaflichen Ortsbehörden erteilt wird. Im neutralen Gebiet müssen die wirtschafliche Gesetze durch die Befehlshaber des entsprechenden Abschnittes der neutralen Zone an die Militärbehörden der Alliierten gerichtet werden.

Keine Streiks mehr im Ruhrrevier.

Essen, 18. Dezember. Sämtliche Bergarbeiter- sstände im Ruhrrevier sind durch Verhandlungen unter Mitwirkung des U.- und S.-Rates Essen beigelegt.

Ein heißer Tag.

Der Rätekongreß hat heute eine Reihe wichtiger und folgenreicher Entschlüsse gefaßt. Er hat zunächst die Wahlen für die Nationalversammlung mit sehr großer Majorität auf den 19. Januar anberaumt.

Was trifft dieser Beschluß nicht unerwartet. Bei der starken Agitation, die für die frühere Einberufung der Nationalversammlung im ganzen Lande betrieben worden war, und bei der Zusammenkunft des Kongresses war die Entscheidung von vornherein gegeben.

Jetzt gilt es die kurze Zeit bis zu den Wahlen mit aller Kraft auszunützen, um für den Sozialismus den Sieg zu erringen. Es gilt, der Unabhängigen Sozialdemo- kratie eine möglichst starke Vertretung zu erringen, damit die Träger der Revolution und die Vorkämpfer für ihre Fortführung in der Lage bleiben, ihre sozialistische Aufgabe zu vollenden.

Für die Partei bedeutet es, daß sie in kürzester Frist eine ungeheure Aufgabe zu bewältigen haben wird. Obwohl ihr Organisationsapparat und ihre Presse in den Jahren des Belagerungszustandes nicht entwickelt ist, muß diese Arbeit geleistet werden, und der Eifer und die Begeisterung der Genossen muß erziehen, was an den materiellen Vorbe- dingungen fehlt.

Die Entscheidung über die Nationalversammlung ließ bereits erkennen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte die Form der Diktatur, die die Räteverfassung bedeutet, ab- lehnen werden. In der Tat stellte sich bei der Abstimmung über den Antrag Däumig heraus, daß nur ein kleiner Teil der Versammlung die Räteverfassung annehmen wollte. Auch dieser Beschluß hat für niemanden, der der politischen Entwicklung seit dem 9. November gefolgt ist, etwas Ueberraschendes, und wir selbst haben immer wieder betont, daß der Kampf für die Räteverfassung schon deshalb gegenstandslos sei, weil die Diktatoren von der ihnen zu- gedachten Mission nichts wissen wollten.

Dagegen ergab sich über die Frage der Macht- verteilung zwischen Regierung und dem künftigen Zentralrat eine weitgehende Meinungsverschiedenheit zwischen den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Majorität des Kongresses. Der Antrag Lüde- mann hatte die entscheidende und exekutive Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung übertragen, dabei jedoch die parla- mentarische Kontrolle dem Zentralrat vorbehalten.

Ueber die Bedeutung dieses Rechtes bestand keine Klar- heit. Die rechtssozialistischen Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten begingen den unbegreiflichen Fehler, daß sie die klare Präzisierung, die dem Zentralrat die legis- lative Mitwirkung nach Art der Parlamente sichern wollte, abgelehnt haben. Es gelang unseren Genossen im Kabinett nur, die von Naase später formulierte Erklärung durch- zudrücken. Der Kongreß hätte sicherlich auch einer weiter- gehenden Forderung zugestimmt und damit sein Einver- nehmen mit der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion erzielt, wenn Ebert nicht in seiner Rede in so heftiger Weise sich gegen diese Forderung gewandt und sich sogar bis zur Drohung mit seinem Mißtraut hätte hinreißen lassen. Dazu lag um so weniger Anlaß vor, da es sich ja nur um ein Provisorium bis zum Zusammentritt der Natio- nalversammlung handelt und Ebert selbst hervorheben mußte, daß nach seiner Ueberzeugung stets eine Einigung zwischen Regierung und Zentralrat herbeizuföhren werden dürfte. Paris hatte daher insofern recht, als er sich gegen den Eigensinn Eberts wandte, der hartnäckig auf einem Prinzip bestete, das in der Tat gar keine Bedeutung gewinnen würde.

Es war jedoch alles vergebens. Die Majorität des Kon- gresses entschied gegen ihre eigene Machtstel- lung. Die Folge war, daß die Fraktion der Unabhängigen erklärte, nunmehr keine Vertreter in den Zen- tralrat schicken zu wollen. Darauf stellte die Mehrheit eine Liste auf, die nur Kandidaten ihrer

Nichtung erblies, und diese, 27 an der Zahl, wurden dann auch gewählt.

Es ist kein Zweifel, daß diese Vorgänge eine ernste Situation geschaffen haben, denn ein weiteres Zusammenarbeiten der beiden sozialistischen Parteien ist dadurch außerordentlich erschwert.

Es ist deutlich zu erkennen, daß diese Lage auch vielen Rechtssozialisten sehr unbehaglich ist, und sie beklauern, daß durch das hartnäckige Beharren in einer Frage, die praktisch von keiner ausschlaggebenden Bedeutung ist, Schwierigkeiten geschaffen worden sind, die leicht zu vermeiden waren und im Interesse des Sozialismus vermieden werden mußten.

Ob diese Erwägungen stark genug sein werden, um die verfahrenene Situation zu retten, läßt sich heute noch nicht erkennen. Doch wir meinen, daß es die Pflicht aller erachteten und besonnenen Männer dieses Kongresses ist, der auch heute wiederholt zu erkennen gab, wieviel Wert er auf das Zusammenarbeiten aller sozialistischen Richtungen legt, Mittel und Wege zu finden, um die kurze Zeit bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung nicht zu einer Zeit der Krise für die Revolution und den Sozialismus werden zu lassen.

Noch einmal der Joffe'sche Junkspruch.

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschuldigt die „Freiheit“, des „interessantesten Stück“ des Joffe'schen Junkspruchs „unerschrocken“ zu haben. Sie drückt dieses Stück dann ab, in dem es heißt:

Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um dem Rechtsverständnis der russischen Volkspartei in Berlin, deren Reichstagsabgeordneter Dr. Oscar Cohn mitzuteilen, daß jene fünf hundert und fünfzigtausend Rubel und einhundert und fünfzigtausend Rubel, die er von mir in der letzten Nacht vor der Ausweisung, und zwar als Mitglied der U. S. P., zur Förderung der deutschen Revolution erhalten hatte, in jener Nacht, als er gemeinsam mit uns im Volksbühnengebäude verhaftet sah, daß er diese Summen zurück nicht an die U. S. P. auszuhandeln braucht. Das gleiche gilt von dem in Deutschland deponierten Fonds von sechs Millionen Rubel, worüber ich Herrn Dr. Cohn Dispositionsrecht im Interesse der deutschen Revolution eingeräumt habe. Auch diese Gelder sind nicht mehr zur Verfügung der U. S. P. zu stellen. Was endlich die Summe von dreihundert und fünfzigtausend Mark und fünfzigtausend Rubel anbelangt, die Herr Dr. Cohn von mir zur Hilfeleistung an die in Deutschland zurückgebliebenen russischen Staatsangehörigen erhalten hat, so bitte ich ihn, über diese Gelder auftragsgemäß zu verfügen, da ich nicht zweifle, daß Herr Dr. Cohn bei seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit diesen Auftrag in bester Weise zur Ausführung bringen wird.

Wir haben den Joffe'schen Junkspruch genau so wiedergegeben, wie er uns zugegangen ist. Sollte die Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung“ zutreffen und auch das von ihr zitierte Stück zu dem vollständigen Text gehören, so wäre dazu zu bemerken: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat schon vor Monaten, längst vor der Revolution, beschlossen, Gelder, die aus russischer Quelle herdrücken können, zurück zu weisen, da sie stets die Auffassung vertrat, daß aus fremden Staaten stammende Mittel nicht in den Dienst der Parteipropaganda gestellt werden sollten. Die Partei hat diesen Beschluß dann kürzlich noch einmal erneuert. Wir müssen die Unterstellungen des Herrn Joffe aus entscheidende gerüdwiesen, die nur dazu dienen können, der sozialistischen Bewegung in Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten und die Durchsetzung ihrer Ziele zu behindern.

Der Präsident.

Man dachte noch nicht an eine deutsche Republik als Herr Walter Rathenau sich zum Präsidenten machen ließ. Der Reichspräsident genügte ihm nicht mehr. Er mußte Präsident sein, er mußte ein Präsidialbureau haben, ein Präsidialsekretär, Präsidialbefehle. Anders ging es nicht. Aber er präsiert nicht nur der R. G., er sitzt auf vielen Stühlen, er hat eines der reichsten Einkünfte in der deutschen Industrie. Er sitzt auf Stühlen 40 Reichspräsidenten und auf diesen Stühlen 40 Stühlen nimmt er Stühlen vierzigmal Reichspräsidenten entgegen. Nachdem er diese Tätigkeit solange verübt hatte, bis er Millionär, Schatzkammer, Gemälde- und Dienstreisepflichter geworden war, rief er die deutschen Familienväter zur Fortsetzung des Krieges auf. Vorher hatte er einige Weltbeglückungssysteme erdacht und mit ihrer Verbreitung die Verdrängung der Kriegsvollbeschäftigung. Mit dieser Abreibung verleierte er die Rahmung vieler Tüchtlichkeiten, den Ruhm des Auslandes und eine wesentliche Erhöhung der Kriegsentlohnung, die wir zahlen müssen. Gibt es einen Menschen, der sich besser zum Prophezen des Wirtschaftskollapses eignet?

Er hält es nicht aus, er muß von sich geben, er muß was sagen. Es ist seine Natur, er kann nicht anders. Wenn er und die neue Moral, die Sanierungseid nicht bringt, wer soll sie dann bringen? Minister ist er nicht geworden, Staatssekretär ist er nicht geworden, Waffenstillstandsverhandler ist er nicht geworden, Sozialist ist er nicht geworden. Wie Demagog nach dem Kolonialrommel sucht er nun Gelegenheiten. Er muß reden, er kann nicht anders, er hält es nicht aus. Im Winter schreibt er seine Bücher, deshalb muß er im Winter reden.

Da er der Präsident der R. G. ist, hält er in den Generalversammlungen dieses Trustes von Finanzierungsgründen Präsidialreden. Neben mit Verpekten, mit großen Untergründen, mit Schwung nach oben, mit Aktienmajorität. Auch mit Aufrufen gegen die technisch-industriellen Rezenten, das heißt mit dem Militarismus, der ihm eigen ist.

Wir haben uns niemals einem Optimismus hingegen, sondern es als unsere Aufgabe angesehen, dem Lande zu dienen, so gut wir konnten und im Dienste unseres Landes unsere Einrichtungen übernommen, nicht um Gewinne zu machen, sondern um unsere kämpfende Front zu schützen. Diese Sätze hat der Präsident in der Generalversammlung der R. G. vom 18. Dezember dieses Jahres gesprochen. In der Generalversammlung vom 10. Dezember 1917 veränderte er ungefähr folgendes: „Während bisher die Westmächte vielleicht noch annehmen konnten, daß die Chancen beider Kriegsparteien hinsichtlich einer territorialen Befestigung ihrer Gegner ungefähr gleich sind, ist jetzt eine grundlegende Wandlung eingetreten. Ein territorialer Sieg der Entente ist nicht mehr möglich, die Aussichten der Mittelmächte auf einen solchen Sieg bestehen aber noch wie vor.“ Das nennt Herr Rathenau seinen Optimismus.

Die R. G. machte von 1913/14 bis 1916/17 folgende Budgetgrößen: 22,8, 30,8, 39,7, 46,7 Millionen Mark. Nach ungeheuren Abschreibungen und Reiserestierungen fanden sich

grobe Ueberschüsse zur Verfügung: 19,8, 21,8, 27,9, 30,4 Millionen Mark. Daraus wurden folgende Dividenden verteilt: 10, 11, 12, 12 1/2 Prozent. Im Geschäftsjahre 1917/1918 ging die Steigerung weiter. Diesmal werden 14 Proz. ausgeschüttet. „um den Glauben an Ordnung und Stetigkeit, begründet auf dem Charakter des deutschen Volkes, nachdrücklich Ausdruck zu verleihen“. Der Dienst der R. G. am Lande ist also nicht ungeehrt geblieben. Auch der Dienst der Aufsichtsratsmitglieder blieb nicht unbelohnt. Nach Ablauf des Geschäftsjahres 1913/1914 erhielten sie 465 000 M., im nächsten Jahre 542 000 M., darauf 557 000 M., darauf 600 000 M. usw. Das nennt man „Dienst am Lande“. Man sehe sich dagegen die Speisung der „Wohlfahrts-Einrichtungen“ an. Die Wohlfahrts-Einrichtungen unterer Großunternehmungen sind ganz besonders Einteilungen. Es sind Krupp-Einrichtungen, Bergbau-Einrichtungen, Bergbau-Einrichtungen, Einteilungen zur Vermeidung der Arbeiter- und Angestelltenfreizügigkeit. Es sind Unbilligkeits-Einrichtungen, deren Studium ungemein interessant ist.

Auch sonst hat der Präsident in der Generalversammlung noch allerlei gesagt. Man kann sich nach den Proben vorstellen, von welcher Offenbarungsgewalt die Worte waren. So steht dieser Leitartikel der neuen Wirtschaft aus.

Bayerischer Partikularismus.

Die bayerischen Zentrumsleute haben beschlossen, in der kommenden Nationalversammlung eine einseitige Fraktion zu bilden und für sich vorzugehen. Sie trennen sich damit von den übrigen Zentrumsabgeordneten aus den anderen Bundesstaaten, mit denen sie selber im Reichstage die Zentrumsfraktion bildeten und nennen sich Bayerische Volkspartei. In ihren Beschlüssen, die sie bei der Parteigründung faßten, heißt es, daß sie sich geschlossen auf den Boden des bundesstaatlichen Reichsgebirges stellen. Die neue Partei weist den Plan einer sozialistischen Einheitsrepublik ebenso zurück wie das Auseinanderfallen des Reiches in ein Nebeneinander von unabhängigen Staaten. Von dem Standpunkt der Reichseinheit will die bayerische Volkspartei nur dann abgehen, wenn tabuläre Parteien den Bundesstaat oder die Verfassung verfassungsmäßiger Zustände unmöglich machen würden. Ihre Mitglieder müssen sich vor der Wahl zur Nationalversammlung auf das Programm der Bayerischen Volkspartei schriftlich verpflichten. Ein Zusammenarbeiten mit anderen Fraktionen oder Parteien in der deutschen Nationalversammlung bedarf jedesmal eines Mehrheitbeschlusses der Gruppe.

Die Parteigründung entspringt zweifellos separatistischen Bestrebungen. Die „Germania“ nimmt von der Loslösung der bayerischen Zentrumsleute von der alten Zentrumsfraktion mit Verdauern Kenntnis. Sie hofft aber, daß die gemeinsame Fundamentaltät, die christliche Weltanschauung, das frühere gemeinsame Arbeiten in den wichtigsten Fragen, die auf der Nationalversammlung zum Austrag kommen, möglich machen werde.

Die moralische Schuld der kapitalistischen Beutemacher.

Die durch die Revolution geschaffenen neuen Verhältnisse brachten es mit sich, daß die Arbeiterschaft aus Wert ging, ihre materielle Lage zu verbessern und sich das fürs Leben notwendige Existenzminimum zu verschaffen. Es ist bekannt, daß die Steigerung der Lebensmittelpreise bei weitem Schichten der Bevölkerung nicht im Einklang stand mit der Steigerung der Löhne, die während des Krieges eingetreten war. Dreizehntausendfachen, vor allem die Hilfsarbeiter und die kaufmännischen Angestellten, hatten nur eine ganz geringe Kubosserung der Löhne erfahren, die kaum ein Zehntel der durch den Kriegswucher hervorgerufenen Steigerung des Unterhalts ausmachte.

Bei der Art, wie diese Arbeiterdichten nach der Revolution an die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gingen, ist es zuweilen zu Beroderungen gekommen, die in der gegenwärtigen Krise des Wirtschaftslebens nicht ohne Schädigung der Gesamtheit hätten durchgeführt werden können. Es wird bei den Lohnforderungen nur zu oft vergessen, daß Sozialismus nicht bedeutet: Vereichern auch, sondern daß alle für alle zum größtmöglichen Nutzen der Gesellschaft arbeiten sollen. Jedoch haben die Arbeiter, die dieereinhalb Jahre ruhig mit zusehen, wie sich einige wenige auf Kosten der Gesamtheit bereicherten, keinen Grund, von übertriebener Forderungen der Arbeiter zu reden. Die bürgerliche Gesellschaft, die Jeter und Morio schreibt auch bei den selbstverständlichen Forderungen der Arbeiter, hat durch ihre rücksichtslose Ausnutzung der Kriegskonjunktur Millionen und Abermillionen in ihre Taschen gesteckt und dadurch wesentlich die Suche nach Welt, gleichviel, um welchen Preis, gesteigert. Dies erkennt leicht auch die „Rölnische Zeitung“ an, die in einem Artikel über den Aufbau der Gesellschaft schreibt:

„Als der Krieg die Möglichkeit ungeahnter, märchenhafter gewinnwirtschaftlicher Gewinne schuf, bemächtigte sich aller, deren wirtschaftliche Tätigkeit eine Erhöhung des Verdienstes durch Ausnutzung der Konjunktur gestattete, ein Taumel. Zum ersten Male war überall die Nachfrage nach Waren gewisser Art größer als das Angebot. Gelegenheit zum Verdienen war reichlich gegeben. Leute, die bei Kriegsbeginn kaum ein Dach über dem Kopf, kaum eine ausreichende Bekleidung hatten, konnten nach während des Krieges in die Schar derer eintreten, denen für die aussehendsten Genußsüchtigen das Geld zur Verfügung stand. Von dem Goldstrom, den die Konjunktur überflutete, möglichst viel zu ergattern, war die Lösung. Währenddessen mußten Unzählige hilflos zusehen, wie ihnen das wirtschaftliche Dasein unter der Kriegskonjunktur zusammenbrach und der Wucher ihnen die Existenz wegwehte. Das böse Beispiel der ungezügelter Ausnutzung der Kriegskonjunktur, die Wirkungen des vierjährigen Lebens im Felde finden heute ihr Gegenstück in den rücksichtslosen Lohnforderungen. Die die großen und kleinen Kriegsverdiener ohne Bedenken und ohne Rücksicht auf dem Goldstrom geschöpft haben, den der Krieg zum Flehen brachte, so möchten heute unzählige Arbeiter die günstige politische Konjunktur wirtschaftlich ausnützen, indem sie denantastische Lohnforderungen stellen. Man soll, wenn man diese übertriebenen Forderungen bespricht, nie die moralische Schuld vergessen, die diejenigen aufgebaut haben, die während des Krieges sich am Staat und an der Gemeinschaft rücksichtslos bereichert haben, ohne der Not und der Last des Vaterlandes zu gedenken. Man soll auch nie vergessen, daß nicht jede Lohnforderung unbedenklich ist.“

Die „Rölnische Zeitung“ wird mit ihren Ausführungen im bürgerlich-reaktionären Blätterwald kaum einen Widerhall finden. Die Gesellschaft, die den Krieg herausbeschwor, ihn steigerte, von Monat zu Monat neue Opfer in den Händen des militaristischen Molochs warf, die Blüte der Nation auf den Schlachtfeldern vernichtete, Frauen, Männer und Kinder der Heimat vor Hunger verrecken ließ: diese Gesellschaft empfindet nicht einen Augenblick Empörung über das Unmoralische ihres verbrecherischen Tuns. Sie hat der Beutemacherei der Kriegsgewinnler mit verdrängten Armen zugehört, sie hat sich selbst an dieser Beutepolitik beteiligt

und in vier Jahren 300 Milliarden verschwendet, um Menschen zu töten, Länder und Städte zu verwüsten. Sie war das Beispiel der verbrecherischen Anordnung, der rücksichtslosen Geldgier, ihr verdanken wir das ungeheure Chaos, in welches das deutsche Volk gestürzt worden ist und unter Schmerzen und Zudrängen blutet.

Dem Treiben dieser verwilderten Gesellschaft gegenüber steht die sozialistische Arbeiterschaft mit ihren Forderungen und berechtigten Bestrebungen rein und erhaben da. Wenn der Bau der neuen Gesellschaft auch nur in seinen groben Umrissen fertig gestellt sein wird, wird er vor der Geschichte ein Bild der Größe bieten, vor dem jede, auch die beste Periode der bürgerlichen Gesellschaft, verblaffen muß.

Was in Warschau zur'd blieb.

Die reaktionäre Presse fährt fort, die Revolution durch Fälschungen über angebliche Verschwendungen durch die U. S. P. und S.-Mäse zu verdächtigen. Die Milliarden, die durch den Militarismus der alten Herrschaftskaste verschleudert worden sind, verschweigt diese Presse gewissenhaft der Öffentlichkeit. Niemandem ist hier das Maß der Schuld, das die militaristischen Verschwendung auf sich geladen haben, auf sie allein fällt auch das Verbrechen zurück, daß ungeheure Mengen kostbarer Lebensmittel in den besetzten Gebieten zurückgelassen und damit der Volksernährung entzogen worden sind. So sind nach Meldungen der polnischen Presse allein in Warschau folgende Vorräte von Lebens- und Genussmitteln nicht abtransportiert worden: Roggen- und andere Weizen 33 415 Zentner, Getreide 63 881 Zentner, Speck und Schmalz 63 Zentner, Schmalz- und Rindfleisch 140 Zentner, Weizen 7830 Zentner, Biskorte 1340 Zentner, Graupen 6000 Zentner, Karamelladen 49 974 Zentner, Zucker 3344 Zentner, Honig und Sirup 20 000 Zentner, Kartoffeln 2620 Zentner, Kraut 9000 Zentner, Torfgemüse 4000 Zentner, Blumenkohl getrocknet 4000 Zentner, Spiritus 32 000 Liter, Wein 52 887 Liter, eine Million Stück Zigaretten, zwei Millionen Stück Zigarren, 87 440 000 Eier, 1800 Flaschen Kognak, 4810 Dosen Konserven. Außerdem wurden Gewürze, Seifen, Seifeleifen, getrocknetes Obst, Salz und andere Dinge im Gesamtgewicht von Tausenden von Kilogramm vorgefunden.

Wieviel Elend hätte in der Heimat mit diesen Lebensmitteln gemildert werden können, wenn die Befehlshaber rechtzeitig für genügenden Abtransport gesorgt hätten. Aber sie gedachten ausschließlich bis in die Ewigkeit in den besetzten Gebieten hocken zu bleiben, und als die Ereignisse sich über Nacht änderten, sicherten sie in erster Linie ihre eigene Existenz. So kam es, daß Millionen dennerie verloren gingen. Hätten die U. S. P. und S.-Mäse nicht tepeind eingegriffen, so wäre der Verlust, den Deutschland durch den Rückzug erlitt, noch unermesslich größer geworden.

Kein besonderer Heimatschutz Ost.

Bei einer Besprechung der Minister Dirsch und Ernst sowie des Unterstaatssekretärs Gerlach in Posen mit den Spitzen der Provinzialen Militärbehörden sowie den Vertretern des polnischen und deutschen Volkstages erklärte Minister Dirsch einen besonderen Heimatschutz für die Provinz Posen nicht für nötig. Dagegen sei ein Grenzschutz unbedingt erforderlich zur Überwachung des Ostlandes und um die Ausfuhr von Lebensmitteln zu verhindern. Der Grenzschutz soll von hohendändigen Truppen unter Kontrolle der Soldatenräte ausgeführt werden. Die Zeit noch in der Provinz Posen befindlichen Truppen aus den Bezirken sollen möglichst schnell zurückgezogen werden. Vertreter der Polen legten besonderes Gewicht auf die abschließende Einführung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache und die Zulassung des Polnischen als Unterrichtssprache. Der gegenwärtige Stand der Lebensmittellieferung aus der Provinz Posen ergab ein befriedigendes Bild.

Landtag vor U.- und S.-Räten in Braunschweig.

Braunschweig, 19. Dezember. Die vom U. und S.-Räten herausgegebene „Braunschweigische Sozialistische Landeskorrespondenz“ schreibt in ihrer ersten Nummer: Die Regierung des Landes Braunschweig wird auch nach dem Landtagsoffizieren in den Händen des U. und S.-Räten bleiben. Der Landtag hat lediglich gesetzgebende Tätigkeit auszuüben. Diese gesetzgebende Tätigkeit des Landtages kann nur darin bestehen, die Ziele der Revolution durchzuführen und zu verwirklichen. Jeder Landtag, der dieser Aufgabe nicht gerecht werden würde, der sich ammaßen würde, darüber zu debattieren, ob der Sozialismus durchgeführt werden soll, würde sich in Widerspruch setzen zu der Regierung des Landes. In diesem Falle würde nicht die Regierung abtreten, sondern der Landtag würde abtreten. Das Volkskommissariat des Innern steht auf dem Standpunkt, daß also der Landtag nicht verfassunggebend sein kann, daß er nicht über die Regierung des Landes bestimmen kann, sondern daß er lediglich ein Organ der bestehenden Landesregierung zur Durchführung der Ziele der Revolution ist.

Die Völkerebundesliga.

Berlin, 18. Dezember. Die vorgestrichene Sitzung zur Bildung einer „Deutschen Liga für Völkerverbund“, über die wir bereits kurz berichteten, war von etwa 60 Teilnehmern besucht. Die Versammlung begrüßte einstimmig die Bildung dieser Liga als einer notwendigen Zentralförderung zur Zusammenfassung der für den Völkerebundesgedanken bisher wirkenden Bestrebungen zu gemeinsamer Tätigkeit und mit dem Ziel, den wahren Völkerebundesgedanken zu gestalten und durchzuführen. Nach einer eingehenden Debatte bildete sich ein Ausschuss, dem u. a. auch die Volksbeauftragten Oberst und Paape angehören.

Wilson und der Völkerebund.

London, 18. Dezember. Präsident Wilson erklärte, daß die Meldung eines Washingtoner Korrespondenten vollkommen unrichtig sei, monach der Präsident den von der Liga zur Organisation des Friedens aufgestellten Plan billige. Der Präsident erklärte, er sei nicht nur Anhänger des Völkerebundes, sondern halte seine Gründung für unentbehrlich zur Aufrechterhaltung des Friedens.

Gegen die Schuldigen am Weltkrieg.

Washington, 18. Dezember. (Neuer.) Im Repräsentantenhaus brachte heute ein republikanischer Abgeordneter einen dem Kongreß vorgelegenden Beschlusses ein, worin die gerichtliche Bestrafung des früheren Kaisers und anderer derer gefordert wird, die mit ihm gemeinschaftlich die Verantwortung für die Völkerebundesverletzungen und planmäßigen Verunsicherungen Deutschlands während des Krieges tragen.

Das Reich in un... es sei... ruzlicher... zum glaubt... Schuß ne... gegenständ... schwebige... die Stellung... Gerabe... Revolution... bei das Vol... auf per... führen, die... im Führer... lungen Frei... Wir de... des Verfa... beide un... während... bezüglich de... ten trübten... heute, die... können, u... Schließen... Mannhafte... laur einer... anders den... sie immer... Unterbringt... werke Rich... helen als... weiler zu... im Frühja... Völkerebun... Sorge - N... gerdumt w... len war... here Ansp... Bewohner... Kindchen... Kaffins ei... nen Rail... Dann... Käuige... denen sie... andere se... über es g... weise war... Wagonia... Schlat in... Bedens... kamen un... laden Cl... ärgut", a... Der Fern... lauft und... hung der... Rabe... J... Liere. E... burger K... angenom... seiner de... Am... gissen G... Während... mit Troc... hant, da... Laifache... und als... wurde, i... Kaffino, i... gewiesen... und billi... die schied... Tabei er... ged aut... Völkerebun... diese Je... Zur... Bataillon... bringer... für die... wurde d... Mann d... abgenom... Mann i... hollen fi... zentrale... Mannich... der Wo... auch zur... auf die... für Off... Strafe... Menge... Schmun... Völkerebun... len an... meisten... einem... waren. I... bern sel... Schmei... damals... Schmutz... ber, die... Gerlach... Die... Offizier... Mannich... Verhalte... Truppen... den Du... len. W... Mantel... Völkerebun... Offizier... Verhalte... her... Die...

Militärische Korruption.

Das Kriegsministerium hat vor einiger Zeit gegen eine Korruption in unserem Heere protestiert, in der behauptet worden war, es sei mit Beutegeldern und Beutegebern ungewöhnlicher Mißbrauch getrieben worden. Das Kriegsministerium glaubte, das Offizierskorps gegen derartige Behauptungen in Schutz nehmen zu müssen. Es hätte besser getan, über diesen Gegenstand zu schweigen. Denn jeder Tag deckt immer mehr die schmutzige Wirtschaft auf, die zahlreiche Offiziere, gestützt auf ihre Stellung, während des Krieges getrieben haben.

Gerade jetzt, wo das Offizierskorps sich erdreistet, gegen die Revolution ein immer frecheres Auftreten an den Tag zu legen, hat das Volk allen Grund, die Wahrheit über das eigennützige Verhalten jener zu erfahren, die sich unter den alten Machtverhältnissen als die auserwählten Führer betrachteten und auch jetzt wieder zum Verderb der jungen Freiheit ihre Unmensen treiben.

Wir die Herren — ihr die Anrecht! Das war das Signum des Verhältnisses zwischen Offizieren und Mannschaften im Heere und in der Garnison. Und dieser Gegensatz kam nicht nur während des eigentlichen Dienstes zum Ausbruch, sondern auch bezüglich des Essens, der Unterkunft, der Befolgung. Am schlimmsten trieben es dabei die Offiziere in der Stappe. Junge Leute, die in Friedenszeiten sich kaum eine Dachkammer leisten konnten, machten sich in den belgischen und französischen Schützengräben, als seien sie dort eingeboren, inoffensiv die Mannschaften in engen Räumen zusammengepfercht lagen und kaum einen Strohsack als Unterlage hatten. Sie waren besonders den kleinen belgischen Gemeinden eine schwere Last, da sie immer und immer wieder neue Ansprüche bezüglich der Unterbringung stellten und auf die Kollage der Gemeindevorstände Rücksicht nahmen. Ueber noch zwei Kompanien Soldaten als einen Offizier, sagte einmal ein belgischer Bürgermeister zu einem quartiermachenden Soldaten. Als die 17. Armee im Frühjahr 1918 nach dem Westen kam und dort ein neues Versorgungsgebiet zugewiesen erhielt, war ihre erste und größte Sorge — das Kasino! Mühselig mußten die schönsten Häuser geräumt werden, damit „Erzgeizig“ mit dem Gebotenen zufrieden war. Den Bewohnern wurde bekanntgemacht, daß die Offiziere Anspruch auf zwei Zimmer mit Estrichboden hätten, die Bewohner hätten die Hinterzimmer zu beziehen. In einem Gebäude von 7000 Bewohnern wurden nicht weniger als fünf Kasinos eingerichtet, zur Ausstattung fanden dauernde Requisitionen statt.

Dann die Schledungen! Es ist bekannt, daß die Offiziere häufige Verbindung mit den Zivilkommissaren hatten, von denen sie zu einem Spottpreis Butter, Hülsenfrüchte, Zucker und andere schöne Sachen erhielten und in der Heimat verschoben. Aber es ging nicht nur in 10 Pfund-Paketen, sondern ganz anders: Die Lebensmittel nach Deutschland, selbst ganze Waggonsladungen sind verschoben worden. So konnte der A- und B-Wagen in Weimar vor einigen Tagen 4 Waggons Lebensmittel beschlagnehmen, die aus der Stappe kamen und an einen Weimarer General gerichtet waren. Ende Oktober liefen in Würzburg mehrere Waggons „Milch“, an die Adresse eines belgischen Generals gerichtet, ein. Der Herr hatte im Sommer in Belgien und Nordfrankreich gewohnt und noch gute Beziehungen nach dort erhalten. Die Befreiung der Waggons ergab als Inhalt wertvolle Uhren, kostbare Möbel, Stoffe und andere Wertgegenstände sowie 80000 Pfund in Goldgeld, Lebensmittel und sogar lebende Tiere. So sah der Herr General den Krieg aus! Der Würzburger Arbeiter- und Soldatenrat hat sich jetzt der Angelegenheit angenommen und der heutzutage General wird hoffentlich seiner verdienten Strafe nicht entgehen.

Am schärfsten waren die Herren auf Butter! Die belgischen Landsturmbataillone können ein Lied davon singen. Während sie im letzten Sommer jeden zweiten Tag Stacheldraht mit Trockenkartoffeln erhielten, das dermaßen aus dem Kessel kochte, daß selbst die Schweine es nicht fressen wollten — eine Tatsache, die durch Zeugnisse jederzeit bestätigt werden kann —, wurde, machten die Offiziere für 2 bis 3 Mark Fettle im Kasino, erhielten sie vom Zivilkommissar Butter und Milch zugewiesen, daß das Essen nur so im Heite schwamm. Die besten und billigsten Zigaretten, Zigaretten, Weine und Liköre ins Kasino, die schlechtesten und teuersten Sachen in die Mannschaften. Dabei erhielten die Herren noch pro Tag 10 Mark Verpflegungsgeld aus dem belgischen Kontributionsfonds, die Mannschaften hingegen — 40 Pfennige! Das deutsche Volk wird auch jetzt diese Beute mit zu bezahlen haben.

Zur Bedung des besonderen Bedarfs waren bei jedem Bataillon dauernd mehrere Leute unterwegs, die entgegen dem strengen Verbot der deutschen Behörden Butter aufkauften — für die Offiziere! Sie wanderte dann nach Deutschland und wurde dort verschoben. Gegen Pfingsten 1918 wurden einem Mann des Bataillons Potsdam 35 Pfund geschmuggelter Butter abgenommen. Die Offiziere machten lange Gesichter, als der Mann mit leerem Korb und ohne Geld zurückkam. Aber sie hielten sich schnell gefast, schrieben an den Präsidenten der Butterzentrale nach Brüssel, daß die Butter zur Aufbesserung der Mannschaften bestimmt gewesen sei, und da die Stimmung der Mannschaften sehr unter der schlechten Kost zu leiden habe, auch zur Aufrechterhaltung des Durchhaltewillens. Der Präsident fiel auf diesen Schwindel herein, die Butter war frei!

Auch der Schmuggel an der Grenze war ein Geschäft für Offiziere. Während es den Mannschaften bei Brenner die Strafe verboten war, daß nur ein Stückchen Seife über die Grenze zu nehmen, vertrieben die Herren Grenzposten den Schmuggel im Großen. Sie waren extra dazu angestellt, an den Grenzübergangspunkten Schmuggelwaren aufzukaufen. Diese sollten an die Zentralkasse abgeführt werden, aber dorthin kamen sie meistens nur wenig, der überwiegende Teil den Offizieren. Bei einem Prozeß gegen Soldaten, die des Schmuggels überführt waren, kam ans Licht, daß nicht bloß die Bataillonsoffiziere, sondern selbst der Artillerie- und — Seine Erzgeizigkeit, der von der Schwerindustrie ausgehobene Generalleutnant Heim, dem damals Gouverneur der Provinz Limburg in Belgien, dem Schmuggel oblag. Die Herren erhielten denn auch den Pflichten der Mannschaften wurden als Kanonenhüter an die Front geschoben.

Dies alles sind nur ein paar Beispiele. Jedemfalls sind die Offiziere — man kann ruhig sagen: in ihrer Gesamtheit — den Mannschaften ein sehr schlechtes Beispiel gewesen, und auf ihr Verhalten ist es zurückzuführen, daß die Demobilisierung der Kruppen immer mehr um sich greift. Warum sollen wir ewig den Dummen spielen! Die ist allgemein unter den Mannschaften. Wenn daher in den ersten Tagen der Rückzuges Stiefel, Mäntel, Röcke, ja selbst Gewehre und Munition an die belgischen Zivilisten verkauft worden sind, wenn jede Axtung vor dem Eigentum gewarnt war und mancher nur noch an seine eigenen persönlichen Vorteile dachte, so wollen wir nicht vergessen, daß

das Verhalten der Offiziere den Anlaß dazu gab. Wie der Herr, so's Weidloch, sagt ein Sprichwort und es ist nur zu bewundern, daß die Mannschaften von dem Vagabund des Eigenen der Offiziere nicht noch mehr angeleitet worden sind. Wären sie es, dann ständen von den 9 Millionen Weidlochern 8 Millionen aus Schiebern, Schleichhändlern und Beutegeldern. Gätten sie das gleiche brutale Verhalten den Zivilbewohnern der besetzten Gebiete gegenüber an den Tag gelegt, wie es die Offiziere liebten, dann wäre auf lange Zeit hinaus an Veröhnung und Verschönerung der Kriegführenden Dämon nicht zu denken. Das deutsche Volk wird ohnehin genug an den Folgen der barbarischen Taten dieser Herren zu leiden haben. Um so mehr hat es jetzt Grund, ihre Verbrechen aufzudecken, sie zu bestrafen und ihren Einfluß einmal für immer zu brechen.

Konsumgenossenschaften und Kleinhandel in der sozialistischen Republik.

Da mit den Ausführungen in Nr. 41 der Gegenstand noch nicht erschöpfend behandelt ist, mögen einem alten Genossenschaftler einige Worte dazu gestattet sein.

Zugutkommen ist dem Gen. Böhm, daß die Konsumgenossenschaften noch wertvolle Dienste zu leisten haben. Leider spricht er sich nicht darüber aus, worin diese Dienste bestehen sollen, was für den praktisch tätigen Genossenschaftler aber die Hauptsache ist. Auf jeden Fall ist es aber von großer Wichtigkeit, daß auch in der Tagespresse, die bisher den Konsumgenossenschaften recht wenig Interesse entgegengebracht hat, einsehend erörtert wird, welche Dienste von den Konsumgenossenschaften in Gegenwart und nächster Zukunft erwartet werden. Nur dann ist es möglich, daß die Funktionäre und Mitglieder dazu Stellung nehmen und zur Erreichung des Zieles mitarbeiten können. Vor allem ist aber erforderlich, daß jeder, der seit auf dem Boden der sozialistischen Republik steht, sich den bestehenden Konsumgenossenschaften anschließt und seinen ganzen Bedarf durch dieselben deckt. Noch immer sind große Teile des Proletariats, selbst politisch und gewerkschaftlich organisierte Genossen nicht Mitglieder der Konsumgenossenschaft. Die Kleinhandlung muß allerhöchstens ein Ende bereitet werden. Der Kleinhandel muß in großen genossenschaftlichen Unternehmen zusammengefaßt werden, damit die Ausbeutung durch die Händlerkastei, wofür „Die Freiheit“ erst vor kurzem überzeugende Beweise erbracht, endlich aufhört.

Den darauf gerichteten Bestrebungen wird es aber nicht dienlich sein — und damit komme ich zu dem Punkte, wo ich anderer Meinung bin als Gen. Böhm —, wenn verbreitet wird, die Konsumgenossenschaften seien einseitig auf die Erzielung von Gewinn und zwar auf Gewinn, der zum größten Teil aus der Arbeitskraft der hiesigen Arbeiter herausgeholt werde. In der Arbeiterrepublik ist es kein Gewinn, an dem alleinigen modernen geleiteten A. G. gibt es keinen Gewinn, an dem alleinigen Konsumgenossenschaft und Sozialisationsgewinn. Allerdings ein Unternehmen, dessen Umsatz nach Dubenden von Millionen zählt, nicht so geleitet werden, daß die Einnahmen auf den Gewinn zu viel betragen als die Ausgaben betragen. müssen entweder mehr oder weniger als die Ausgaben betragen. Wenn also ein vorläufiger Gewinnaufschlag nicht mehr ausbeuten wird als er einnimmt, ebenso werden auch die mit der verantwortlichen Leitung einer A. G. betrauten Genossen beehrt sein müssen. Das ist aber kein Gewinn — schon das Wort ist gegeben haben. Das ist aber kein Gewinn — schon das Wort ist gegeben haben. Das ist aber kein Gewinn — schon das Wort ist gegeben haben. Das ist aber kein Gewinn — schon das Wort ist gegeben haben.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Schneider, Filiale Berlin.

Helt am Mittwoch im Gewerkschaftshause seine Generalversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war. Kollege Schumacher berichtete über die am 8. Dezember in Hamburg vorgenommenen Verhandlungen mit den Unternehmern der Bekleidungsbranche, um eine für ganz Deutschland einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Es bedurfte des energigsten Hinweises auf die gegenwärtige politische Situation, die es den Arbeitern ermöglichte, schärfere Maßnahmen zu ergreifen, um die Unternehmung zur Anerkennung der Forderungen zu zwingen. Eschwert wurde die Durchsetzung unserer Ansprüche durch das laute Verhalten der Christlichen und Sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Schließlich gelang es, folgende Vereinbarungen zu treffen: 1. 48stündige Arbeitszeit in der Woche, die auf die einzelnen Tage so zu verteilen ist, daß am Sonnabend um 2 Uhr Arbeitsruhe ist. Pausen werden in die Arbeitszeit nicht mit eingerechnet. 2. Allmähliche Beschränkung der Arbeitszeit; bis zum 1. Januar 1920 sollen alle Unternehmern Werkstätten eingerichtet haben. Heimarbeit dürfen nur noch bis zum 1. Januar 1919 neu eingestellt werden, sofern es sich nicht um Kriegsbeschädigte handelt oder die Invalidität der Frau die Einführung der 48stündigen Arbeitszeit an. In der Diskussion wurde den Abmachungen im allgemeinen zugestimmt. Bedauerlich wurde, daß die Befestigung der Heimarbeit nicht schneller erfolge und daß der Einkommen nicht beschränkt sei. Nur durch die Einführung des Zeitlohnes und der Errichtung von Betriebswerkstätten könne die Heimarbeit ausgegert werden. An die Heimarbeiter wurde abgefordert, in ihrem eigenen und im allgemeinen Interesse den Kaufmännern entgegenzutreten und den Unternehmern immer wieder die Errichtung von Werkstätten zu fordern. Verschiedentlich wurde von der Regierung verlangt, die Heimarbeit durch Gesetz zu verbieten, was dies bereits in Hamburg geschehen ist. Mehrere Redner bedauerten, daß die Pausen in die Arbeitszeit nicht mit eingerechnet seien. Ein besonderes Augenmerk mußte den Bekleidungsunternehmen geschenkt werden. Auch für die Ausbildung der Lehrlinge in Betriebswerkstätten, die jetzt hauptsächlich durch die Zwischenmeister erfolge, mußte mehr geschehen.

Nach einem Schlußwort des Referenten, in dem er betonte, sich nicht auf die Regierung zu verlassen, die durch selbständigen Kampf die Arbeitsbedingungen zu verbessern, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung stimmt den in Hamburg getroffenen Vereinbarungen zu. Sie fordert aber, daß die Einführung von Betriebswerkstätten mit Zeitlohn, die nötige Abschaffung der Heimarbeit und des Zwischenmeisterwesens mit allen Mitteln erstrbt wird. Von den Heimarbeitern verlangt sie, daß auch sie den Verband in diesem Bestreben unterstützen und von der Arbeitgebern die Betriebswerkstätten fordern. Die Versammlung verlangt weiter, daß die Bekleidungsämter nicht nur bestehen bleiben, sondern ausgebaut und für die Anfertigung der gesamten Bekleidungsindustrie erweitert werden. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß der Verband seit Ausbruch der Revolution 5000 neue Mitglieder aufgenommen habe und daß weitere 5000 Kollegen aus dem Deere zurückgekehrt seien. Da

ferner drei Angestellte des Verbandes leider gefallen sind, müsse zur Aufstellung von drei Kollegen geschritten werden. Die Posten werden ausgeschrieben.

Abkommen mit Groß-Berliner Warenhäufern.

Hollischen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser ist unterm 18. Dezember 1918 ein Abkommen über die Wieder-einstellung der Kriegsteilnehmer, über die Reihenfolge der Entlassungen, der Zahlung eines einmaligen Entschuldigungsvertrages sowie Rückzahlung der im Jahre 1914 gezahlten Gehälter getroffen. An dem Abkommen sind neben den Firmen Hermann Tich, A. Handorf u. Co., A. B. W. 51 namhafte Waren- und Kaufhäuser in Groß-Berlin, Spandau und Potsdam beteiligt. Aus dem Vertrage sind besonders zu erwähnen:

1. Alle Kriegsteilnehmer, die am 1. Oktober 1914 mindestens einen Monat im Betrieb beschäftigt waren und von dort aus in den Wehrdienst eingetreten sind, sollen wieder eingestellt werden, sofern sie sich innerhalb von 14 Tagen nach ihrer Entlassung aus dem Wehrdienst zum Eintritt melden.

2. Entlassungen finden nicht früher statt als zum 31. März 1919, ausgenommen in Fällen, die in den §§ 70—72 des Handelsgesetzbuches vorgesehen sind und ähnliches. Für die spätere Entlassungen sind besondere Richtlinien aufzustellen. Bei allen Entlassungen ist im Einvernehmen mit dem Betriebs-Angestelltenrat zu handeln. Diese Kündigungsbestimmungen haben für die Weihnachtshilfen keine Anwendung.

3. Für alle Beschäftigten, deren Gesamtbesoldung bis 7000 M. pro Jahr betragen, werden folgende Entschuldigungssummen bezahlt:

An alle im Jahre 1914 oder früher eingetretenen Personen 475 M., 1915/16 825 M., 1917 900 M., 1918 bis 31. August 100 M. Die Handlungsbeschäftigten erhalten die Hälfte der betreffenden Summen. Alle 17 Jahre alten oder jüngeren Personen erhalten 75 Proz. der Summen. Alle diejenigen, die am 1. September oder später eingetreten sind, erhalten für jeden Beschäftigungsmonat ein Zwölftel von 100 M. Ausbittweise Beschäftigte erhalten ein Zwölftel des im Jahre 1918 bei der Firma bezogenen Einkommens. — Alle nach dem Betriebsablauf zurückkehrenden Kriegsteilnehmer erhalten bei Eintritt 100 M.

Die Firma Hermann Tich (Berlin) hat sich entschlossen, im Rahmen dieses Vertrages Entschuldigungsverträge wie folgt zu zahlen: Den im Jahre 1914 oder früher eingetretenen Personen 500 M., 1915 400 M., 1916 800 M., 1917 900 M., 1918 bis zum 31. August 100 M.

Streit bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer. Die kaufmännischen Angestellten und die gesamten Fuhrerbeamten der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer sind in den Streit getreten, weil Verhandlungen über geforderte Steuererhöhungen mit der Direktion und dem Aufsichtsrat der Genossenschaft zu keinem Ergebnis geführt haben. Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Die im Zentralverband organisierten Dachdecker nahmen in einer sehr gut besuchten Versammlung Stellung zu dem Bericht der Tarifkommission über die Verhandlungen mit der Tarifkommission der Arbeitgeber. Von dem Bericht, den Stolzenhain erstattete, erklärten sich die Arbeiter bereit, die aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen nach Möglichkeit wieder einzustellen. Die Arbeitszeit beträgt von nun an im Sommer wie im Winter 8 Stunden. Bei der Festlegung des Stundenlohnes wird die bisher geübte 8-Stunde auf die 8-Stündige Arbeitszeit vermindert; der Lohn ist somit von 1,95 M. auf 2,30 M. zu erhöhen. Die Arbeiter werden dort, wo bereits höhere Löhne gezahlt werden, nicht abgedrückt werden; eine Erhöhung von 25 Pf. muß unbedingt erfolgen. Die sonstigen Bestimmungen des Tarifvertrages bleiben bis zum Ablauf eines neuen Vertrages in Kraft. Ferner wird im Gewerbe der Verhältnisse Arbeitsnachweis mit Anschlag an den städtischen Arbeitsnachweis eingeführt. Die Arbeitsnachweise der Dachdecker sowie der Arbeitgeber sind einzustellen; es wird beiden Teilen zur Pflicht gemacht, nur diesen zu denutzen. Ansprüche nach Arbeit, sowie Einstellen solcher Kollegen seitens der Arbeitgeber ist unter allen Umständen zu unterlassen. Sollte die Arbeitslosigkeit, wie zu erwarten, noch größeren Umfang annehmen, treten, um derselben möglichst zu steuern, die beiderseitigen Kommissionen erneut zusammen, um eventuell die Arbeitszeit auf 8 beziehungsweise 4 Stunden herabzusetzen. Nach reiner Diskussion nahm die Versammlung eine von A. Rübner gestellte Resolution, die ihr Einverständnis mit den Abmachungen sowie Erteilung einer Vollmacht zu eventuell späteren Kommissionen bezüglich einer Arbeitszeitverkürzung, einstimmig an. Zum Schluß erwähnte Göhr's die Kollegen, nun aber auch dafür Sorge zu tragen, daß diese Abmachungen auch tatsächlich überall zur Durchführung gelangen.

Das Wahlgesetz zur preussischen Konstituante.

Der Wahlgesetzentwurf zur preussischen Nationalversammlung ist nach einer Information des „Berliner Tageblatt“ fertig und wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Zur Bildung von Schulgemeinden.

Der Kultusminister Hasenpflug erläßt zu dem Erlaß über die Bildung von Schulgemeinden an den höheren Lehranstalten nähere Ausführungsbestimmungen. Lehrer, Schüler und Eltern haben sich teilweise gegen die in dem Erlaß gegebenen Richtlinien erklärt. Es wäre bedauerlich, wenn der Grundgedanke des Gesetzes, ein engeres Vertrauensverhältnis zwischen Lehrern und Schülern zu schaffen, das sich auf gegenseitiges Verständnis, auf innere Aktion und freie, offene Ausdrucksfähigkeit, nicht vernichtet würde. Daher empfiehlt sich dringend, bei den Anstalten, in denen die Schulgemeinde nicht zu Stande kommen sollte, an die in der Dienstausweisung für die Direktoren und Lehrer der höheren Schulen vom 12. Dezbr. 1910 (R. 4b, Abf. 7) eingeführte Einrichtung von Vertrauensmännern der oberen und mittleren Klassen, bei den Lehrern (Lehrerinnen-)Bildungsanstalten an die dort vorhandenen entsprechenden Einrichtungen anzuknüpfen.

Der Bruch mit Spanien.

London, 18. Dezember. Reuters. Die „Times“ melden aus Madrid, am 18. Dezember würden dem deutschen Vorkämpfer und dem Vorkämpferpersonal die Pässe ausgetauscht werden.

Theater und Vorführungen.

Vollst. Theater
 am Blomplatz.
 Direkt. von Fried. Koyssler.
 7-2 U. 1. Male: Die unruhige Braut.
 Sonntag 7 Uhr: Wilhelm Tell.

Opernhaus
 4 Uhr: D. Ring d. Nibelungen.
 Zweiter Teil: Siegried.

Schauspiele
 4 Uhr: Die 10. der Mohr von Venedig
 Direktion Max Reinhardt

Deutsches Theater
 4 Uhr: Das La' la' schreit in die Taster.
 7 Uhr: Der Sohn.

Kammerspiele
 Kleines Schauspielhaus
 Favancstr. 1. Part. 3
 7 Uhr: Zum ersten Mal!
 Die Hölse der Pandora
 8 Uhr: C. Melchior - K. H. Hauer
 Theater i. d. Königsplatz Str.

Musik.
 Komödienhaus.
 Schillstr. 28. a. d. N. Wilhelmstr.
 8 Uhr: Die tanzende Nympha.

Berliner Theater
 7 Uhr: Sterne, die nicht leuchten
 8 Uhr: Die's Märchen's
 Lessing-Theater.
 Direktion: Victor Barnowsky
 7 Uhr: Peer Gynt.
 Sonntag 7 Uhr: Der Schöner
 Montag: Der Marquis von Keith.

Deutsches Künstler-Theater.
 Altsiedlich 7 1/2 Uhr:
 Nachbelenchtung.
 7 1/2 Uhr: Der gute Ruf.
 Von Hermann Sudermann.
 Central-Theater.
 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul
 Deutsches Opernhaus Charlottenb.
 7 1/2 Uhr: Der polnische Jure.
 Friedrich-Wilhelm-Theater.
 7 1/2 Uhr: Mannerl.
 Das Dreimäderhaus.
 II. Teil.
 Kleines Theater.
 8 Uhr: Freie Knechte.
 Schwanen-Theater.
 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
 Reg. 4 Uhr: Schwarzwaldmädel
 Lustspielhaus.
 7 1/2 Uhr: Die spanische Flage.
Metropol-Theater.
 7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.
 Reg. 1 1/2 Uhr: Wiener Blut.
Kleines Operntheater.
 A. U. Die Glocken von Cornville.
 Reg. 1 1/2 Uhr: Der Soldat der Maria
Palast-Theater.
 7 1/2 Uhr: Der Mikado.
 8 1/2 Uhr: Der Struwwelpeter.
 Residenz-Theater.
 7 1/2 Uhr: Friedensverhandlungen
 8 1/2 Uhr: Hamlet.
 1. Teil.
 7 1/2 Uhr: Polnische Wirtschaft.
 8 1/2 Uhr: Frau Holle.
Das alte Theater.
 Theater des Westens.
 7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe
 8 1/2 Uhr: Aschenbrödel.
Walther-Theater.
 7 1/2 Uhr: Graf Hauernichts
 Sonntag und Feiertag:
 8 1/2 Uhr: Der Märchenwald
 Rose-Theater.
 Gasse 4. Friedr. Wilhelmstr. Theat.
 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderhaus.
Wallhalla-Theater.
 7 1/2 Uhr: August der Starke.
Casino-Theater.
 Lothring. Str. 27. Tägl. 7 1/2 Uhr:
 Das jährige Volksstück
Die goldene Brücke
 Vorherr: Erstklassige Spezialitäten.
 Sonntag nachmittags 4 Uhr:
 Friede auf Erden.

APOLLO Theater
 Dir. JAMES KLEIN
 Altsiedlich 7 1/2 Uhr.
 Sonntags 3. und 7 1/2 Uhr
Die Welt geht unter!
 Santa Scolaia / Leo Hiltner
 Franz Busch / Fritz Hochmann
 Fräulein Blasko
 NADCHURA'S Elefant
 ROSTON'S Affenmench
 Transys Blumenkorso
 usw.
 Sonntag 3 1/2. jed. Erwachsene
 1 Kind frei!

Wintergarten
 Das große
 Spezialitäten-Programm
 Anfang 1/8 Uhr.

Metropol Kabarett
 Behrenstr. 53-56
 Ab 1. Dezember
 Neue Direktion • Neues Programm
 Ganz renoviert
 Anfang 5 Uhr
 Sonntag 4 Uhr
Gygyi-Konzerte
 2 Eintrittspreise: 1,50 M., 2,00 M.
 —————
 Vorzügliche Küche
 Torten, Makronen und Getränke.

UFA
MOZART SAAL
Die Vase der Semiramis
 Phantastischer Film in 5 Akten
 Regie: Willy Granwald
 U.T. Kartäuserdamm
Carmen
 mit Pola Negri, Harry Liedtke
 Regie: Ernst Lubitsch
 Uraufführung Freitag 8 1/2 Uhr / An den Feiertagen
 4, 6, 8 Uhr / Vorverkauf an der Tageskasse 12-1 Uhr
 U.T. Nollendorfsplatz, Friedrichstr. Unter den Linden
Der Rattenfänger
 Die alte Sage in lebendigen Bild und
 Vers neu erzählt von Paul Wegener
 Hauptpersonen: Paul Wegener, Lyda Salmonowa
 U.T. Alexanderplatz U.T. Moritzplatz
Söhne des Volkes
 Der sozialist. Monumentalfilm von Sophus Michaëlis
 und Ole Olsen mit Gunnar Tolnass und Lilli Jacobson
 U.T. W. ergr. Haselste. Scherzweg. Nollendorfsplatz.
Henny Porten
 Im Schauspiel: „Die blaue Laterne“
 Regie: Rudolf Biebrach
KAMMER LICHTSPIELE
 Das Fräulein von der Kavallerie
 mit
 Grifa Gläpner

Verband der Friseurgehilfen.
 Zweigverein Berlin und Vororte.
 Büro und Schreibstube: Gendarmenpl. 15, Zimmer 20.
 Sekretariat: Unter den Linden 201.
 Geschäft: 9-12, 2-4 Uhr. Besichtigung nur Dienstags.
 Versammlung am 26. 12., vormittags 11 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus.
 Versammlung am 9. 1., abends 8 Uhr, im
 im Gewerkschaftshaus.

Arbeiterräte!
 Am Montag, den 23. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr findet
 in den
 Germania-Prachsälen, Chausseestraße 110
 eine Versammlung aller
Arbeiterräte Groß-Berlins
 statt.
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
 Der Vollzugsrat.
 i. A. gez. Franz Bickel.

Versammlung
 der vom Militär entlassenen Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien.
 Tagesordnung:
 1. Deutschlands Lage und der Bruderkampf in der Sozialdemokratie.
 Referenten: Eduard Bernstein, U. S. P. D., Georg Davidsohn, S. P. D.
 2. Frei-Kaufsache.
 Eintritt nur gegen Legitimation durch Mitgliedsbuch einer der beiden sozial-
 demokratischen Parteien und Militärabweis.
 Parteienoffen! Es gilt, zu der in unserer Abwesenheit vollzogenen Partei-
 haltung Stellung zu nehmen, darum erscheint in Massen.
 Die Einberufer: A. Voss, P. Schröter, G. Seifert.

Arbeiter- u. Soldatenrat
Neukölln.
 Freitag, den 20. Dezember 1918
 nachm. 8 Uhr
Sitzung des großen Arbeiter- und Soldatenrates
 im Rathaus, Stadtverordnetenrat.
 Tagesordnung:
 Fortsetzung der Tagesordnung vom 18. Dezember 1918.
Arbeiter- und Soldatenrat
Neukölln.

Cabaret Tivoli
 Frankfurter Allee 257
 Inh.: Rich. Dahmer
 Täglich:
 Anfang 8 Uhr Spezialitäten u.
 Carl Lauer, Sprecher & Volke
 1/2 des Geistes Waffes
 Will sich Schlachten schlagen
 Und das Freiheitsbanner
 Durch die Lande tragen.

Gehpelz
 mit gutem Tuchzeug und
 gutem Pelzfutter sehr preis-
 wert zu verkaufen.
Gelegenheit!
Blauer Bazar
 Kaiser-Wilhelm-Straße 16,
 beim Alexanderplatz.
Achtung Spediteure!
 Hebr.: Exemplare von Nr. 37,
 39, 44, 57 und 59 der „Freiheit“
 bitte umgehend an die Expedition,
 Schiffbauerdamm 19, zurückgeben.

Enorme Verdienste
 ohne Kapital für Herren und Damen jedes Standes! Gar-
 rantie! Ueberzahlung der vollständigen Materie gegen
 Einsendung von 2.- M. ohne weitere Unkosten.
**Psycho-Verlagswerke, Näckel, Berlin-
 Neukölln, Postfach.**

Ziehung am 30. Dezember 1918
Große Weihnachts-Jubiläums-Lotterie
 8667 Gewinne im Gesamtw. von Mark
100000
50000
 Bargeld 90 pCt. für alle Gewinne garantiert.
 Lose zum amtlichen Preis 3 Mark Porto und L'ste 46 Pf. extra.
 Eine Glücksserie von 10 sortierten 30 M.
 Lose einschl. Porto und Liste für
Berliner Losezentrale, Berlin G 2, Mühlendamm 3

Weltbekannt und anerkannt
 ist der Vervielfältigungs-Apparat
Schapirograph.
 Wieder mit echten Glycerin-Rollen lieferbar!
 Tadellos scharfe Abzüge von Handschrift, Maschinens-
 schrift oder Zeichnung. Einleichte und praktischste
 Handhabung. Billigster und bester Vervielfältigungs-
 Apparat.
 Man verlange kostenfrei Prospekt und Druckproben.
A. Schapiro, Berlin C,
 Stralauer Straße 56.

Schlafzimme!!!
 In großer Auswahl, dunkelmah-
 nig, Birnbaum, Birke, Italiener,
 Nuthaus, Piche, mit großem An-
 kien-schrank, komplett nur
 2500.- M.
 30 Möbelhaus Osten 30
 nur Andreastraße

Harmonium
 mit eingebautem Spieltapparat,
 auch ohne Notenkenntnis spiel-
 bar 600 M., „Salon“-harmonium 975 M.,
 gebrauchtes 475 M., Harmonium-
 Spieltapparat mit 500 Noten 95 M.
 (evtl. Ratenzahlung).
Börger & Co.
 Oranienstr. 166, Privatverk. NEK.
 Zu verkaufen, eine Wohnungs-
 einrichtung, Stube und Küche mit
 Gasheiz., im ganzen oder einzeln.
 P. Schütz, Ezerziersr. 2a II Trp.

Strasendändler.
 Karl Kautsky's sensationelle
 Broschüre „Der neue Staat“ kommt in
 den nächsten Tagen in den
 Straßenhändler. Hoher Ver-
 dienst. Walter Kuhn,
 Berlin SW 11, Schön-
 burger Straße 10.

Als Opfer der Revolution
 fiel am 6. Dezember unser
 lieber Sohn und Bruder
 der Orondier
Walter Schmidt
 2. Ouderegiment 2. F-
 em.-Bat., 1. Komp., 12. Komp.
 Die Leichenfeierlichkeit
 findet am 21. Dezember,
 nachm. 12 Uhr, vom Himm-
 veldhals aus nach dem
 Friedhofshaus statt.
 Franz Schmidt
 selbst Frau und Töchter.
 Schweinfelder Straße 34.

Sozialdemokratischer Wahl-
 vereine Nieder-Barnim U.S.P.
 Bezirk Reinicke-dorf-Ost.
Nachruf.
 Infolge einer Lungener-
 krankung verschied plötzlich
 unser Mitglied, der Tischler-
 meister
Max Fink
 Residenzstraße 112.
 Ehre seinem Andenken!
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. U. S. P.
 Am Freitag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr,
3 öffentliche Volksversammlungen
 in folgenden Lokalen:
 Stadt-Theater, Alt-Monbit 47, Felbels Feifälle, Kolberger Str. 23,
 Köslner Hof, Köslner Str. 9.
 Tagesordnung:
 1. Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. 2. Dis'ussion.
 Referenten: Heinrich Ströbel, Karl Eifel und Dr. S. Neustriebe.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.

Verband der Sattler u. Portefeuller
 Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! Wagen- und Autofahrer!
 Am Samstag, den 22. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr,
 „6. Werkzeughaus“, Engelstr. 15
Branchenversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Welche Grundregeln sind für die Lohn- und Arbeitsbedingun-
 gen anzusetzen.
 2. Wahl einer Branchenkommission.
 3. Branchenregeln erörtern.
 Alle im Wagen- und Autobahn beschäftigten Sattler werden
 dringend um ihre Erscheinen gebeten.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Frauen! Genossinnen!
 Heute Freitag, den 20. Dezember, abends 8 Uhr:
2 öffentliche Frauenversammlungen
 im Charlottenburger Volkshaus, Rosinenstraße 3
 und in der Brauerei Bögow, Prenzlauer Allee 242.
 Tagesordnung:
Die Frauen und die Revolution.
 Referenten: Regina Kubens u. Fritz Haberland.
 Frauen! Genossinnen! Erscheint in Massen!
 Die Einberufer: Alice Bannert.

Die Ordner für die Beisetzung
 der Opfer des 6. Dezember werden zu einer
Sitzung
 am Freitag, den 20. Dezember, nachm. 5 Uhr in den
Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18
 eingeladen.
 Jeder Großbetrieb hat mindestens 20 Ordner
 stellen. Außerdem sind noch freiwillige Meldungen
 anderer Genossen erforderlich.
 Die revolutionären Oblenke der Großbetriebe.

Sportpelze
 Gelegenheiten!
 von 400 M. an
Blauer Bazar
 Kaiser-Wilhelm-Straße 16,
 beim Alexanderplatz.
Prachtgrammophone
 trichterlos, verkauft preiswert
 DreWS, Schlichtmannstraße 16.
Botenfrauen
 zum Austragen der Freiheit
 Hackbarth, Michalkirenhofstr.

Kreis-Wahlverein Nieder-Barnim (U. S. P.)
 Bezirk Reinicke-dorf-Ost
 Den Mitgliedern zur traurigen Nachricht, daß unsere Genossin
Grete Hess
 Raschdorferstr. 65
 uns am Dienstag, den 17. Dezember, nach kurzer, schwerer
 Krankheit durch den Tod entrissen wurde.
 Die Verstorbene stand mit an erster Stelle in der Frauen-
 bewegung unseres Ortes, ganz besonders als Mitarbeiterin bei
 der Vorbereitung der Revolution. Sie hat sich durch ihre
 liebeswerten persönlichen Eigenschaften ein bleibendes An-
 denken bei uns gesichert.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Dezember,
 um 3 Uhr von der Kapelle des Gemein-Friedhofes, Humboldt-
 straße, aus statt. Die Mitglieder des Wahlvereins versammeln
 sich am 3 Uhr vor dem Jugendheim, Beteiligung aller Mit-
 glieder ist erwünscht.
 Der Vorstand.

An das nächste Postamt schicken.
Bestellschein.
 Ich abonniere hiermit auf die täglich 2 mal
 erscheinende Zeitung

„Die Freiheit“
 zum Monatspreise von M. 2.- und wünsche freie
 Zustellung ins Haus. Die im laufenden Monat
 bereits erschienenen Nummern bitte ich mit gegen
 eine Sondergebühr von 10 Pfg. nachzuliefern.
 Name:
 Wohnort:
 Straße:
An das Postamt:

Der Reichstongreß der U.- und S.-Räte.

Vierter Tag.

Was Cohen (fortfahrend): Wie denkt denn die Entente über die Arbeiter- und Soldatenräte.

Ich will gar nicht von den offiziellen Reden sprechen. Ich will Ihnen andere Beispiele bringen. So schreibt der deutsch-französische Botschafter, daß der französische Gesandte in Christiania geäußert habe: Wenn es in Berlin so weitergeht, werden wir in vier Wochen dort sein. Der „Vorwärts“ tritt heute morgen auf die Höhe mit, daß auch im Auftrage der Alliierten erklärt sei, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkannt würden. Versuchen Sie auch nicht, was Professor Friedrich Wilhelm Höpfer, der Vertrauensmann von Kurt Eisner, über viele Frage geschrieben hat. (Zuruf: Der hat sich auch gemauert.) Die Entente, die den Volkswind in Russland den Garaus machen wird, wird sie auch in Deutschland nicht dulden. Wie sieht es nun mit der Hoffnung auf die Väter der Entente? Wie kann man davon glauben, daß in den Ententeländern, die jetzt den ungeschwundenen Sieg errungen haben, eine Revolution bevorsteht? In diesem Sandhaufen darf man keine Hoffnungen nicht aufbauen. Selbst wenn in Frankreich und Italien Umwälzungen kommen würden, würde uns das nicht viel nützen, denn England und Amerika haben die Rohstoffe und Lebensmittel, die wir brauchen. Das sind aber die antipolitischen Länder, die es sind. Wohl George hat noch eben eine Mehrheit von 118 Stimmen erhalten. Ein Räteystem würde bei der demokratischen Auffassung der Westvölker bei der Friedenskonferenz auf ungeheure Schwierigkeiten stoßen. Wir Sozialdemokraten müssen uns auf das entschließen, was wir tun können, daß unsere reine und klare sozialistische Gedankenwelt durch bolschewistische Verwirrung nicht verdrängt und diskreditiert wird. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Die Arbeiter- und Soldatenräte

haben ihre Berechtigung und werden sie auch später haben. Ein kritischer Geschichtsschreiber wird sie sehr viel günstiger beurteilen, als die Gegenwart. Nur müssen sie der Nationalversammlung, die die Verfassung des deutschen Reiches geben soll, Platz machen. Sie werden an anderer Stelle, auf wirtschaftlichem Gebiet, eine gegenwärtige Wirksamkeit ausüben können.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen: Im Interesse des Landes, das jetzt unser Land ist, das wir aus tiefer Seele lieben, brauchen wir die Nationalversammlung. Wir brauchen sie sofort. Darum bitte ich Sie, für meinen Antrag zu stimmen, der verlangt, daß die Wahlen bereits am 10. Januar stattfinden. (Starker Beifall bei der Mehrheit.) Klären Sie die Massen auf! Wir aber wollen dafür sorgen, daß die Sonne, die jetzt hinter schwarzen Wolken steht, unseren Kindern und Kindeskindern so hell erstrahlt, wie nie zuvor. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Vorsitzender Leinert verliest eine

Erklärung von Richard Müller, Rosenbrunn und Wagn

betreffend die Erklärung des Soldatenrates des Reichsvereins der Generalstab Berlin betreffend den Vorschlag der 400 000 Mark für 400 000 Franken, die bisher zur Deckung der Unkosten des Volksgesundheitsrates gegeben haben. In der Erklärung heißt es:

Weder der Volksgesundheitsrat noch Genosse Wagn, das das Reich dem Generalstab gehören soll. Eine Klärung liegt im gemeinsamen Interesse des Volksgesundheitsrates. Er ersucht daher den Soldatenrat des Generalstabes, seine Befugnisse dem zuständigen Untersuchungsrichter vorzutragen. Die Untersuchung wird erfolgen, wenn das Geld gehört und ob und wieviel der betreffende Reich unterrichtet hat. Der Volksgesundheitsrat hat dem Hause einen Rechnungsbericht für die Zeit vom 9. November bis 18. Dezember vorgelegt. Die Genossen Straube und Albrecht haben als Revisoren fungiert. Derselber Bericht:

Albrecht: Wir haben sowohl die Bücher wie die Belege von Wagn geprüft. Wir haben die Eintragungen in Uebereinstimmung gefunden. Auch einige Unklarheiten, die bestanden, sind aufgeklärt. Wir können versichern, daß die Kasse, soweit sie vorliegt, sich in bester Ordnung befindet hat. Wir bitten, dem Kassierer Wagn Entlastung erteilen zu wollen.

Vorsitzender Leinert: Der Kongreß kann sich seinerseits nicht in die Kassensführung und Prüfung einmischen. Sonst müßten wir auch von jedem Arbeiterrat im Lande die Kasse prüfen. Wir nehmen den Bericht der Revisoren als Mitteilung an den Kongreß entgegen.

Für das Räteystem.

Edmann erhält als Korreferent Däumig-Berlin das Wort: Kameraden! Keine Detren! Der Volksgesundheitsrat hat seine Rede mit Worten Freilichtes geschlossen. Das möchte damit beginnen. Das moralische Ding des Staates wird aber nicht zerlegt von wohltemperierten Parlamentariern, nicht durch listige Parteiführer, nicht durch opportunistische Gewerkschaftsangehörige, sondern das Neue, was geschaffen werden soll, muß bewirkt werden durch die politische und kulturelle Aktivität des deutschen Proletariats, des ganzen westlichen Volkes, soweit es mit der Hand aber dem Kopf arbeitet. Das ist ein Meer von Blut und Tränen muß eine neue Welt entstehen. Dafür war die Hoffnung dieses erste Revolutionsparlament der Geschichte bei einem solchen nüchternen, hausbackenen, philtistinen Geist aufzuweisen wie dieses erste Revolutionsparlament. (Beifall bei einer Mehrheit.) Wo ist der politische Schwingen, der durch die Nationalkonventionen Frankreichs ging, die Märzrevolution von 1848? Auf den Staatsgebäuden stehen noch die Rahmen des alten Systems, mit ornamentalen roten Säulen. (Sehr richtig und Auf: Aushalten!) Die Säulen, die hier im Saal aufmarschieren, sind die Stimmen aus der Tiefe, die hier schon grollen. Glauben Sie nicht, daß diese Stimmen verstummen werden. (Beifall bei einer Mehrheit.) Ihre jubelnde Zustimmung zur Nationalversammlung ist gleichbedeutend mit dem Todesurteil für das Räteystem. (Unruhe.) Der Redner geht ausführlich auf die Entstehung des Räteystems in Russland und Deutschland ein. Ich weiß, der Räteismus des Bolschewismus hängt diesem System an. Momentlich in den Säulen der sogenannten Soldatenräte steht der Popanz noch sehr fest. Als wir in Deutschland das Räteystem vorbereiteten, wurden wir von unseren eigenen Klassen gegossen beschimpft und verhöhnt. Nach wenigen Tagen vor der Revolution wurde im „Vorwärts“ vor uns gewarnt. (Zuruf: Ich danke der 9. November kam, da krönten sie in Rosen herbei.) (Zuruf: Novembersozialisten. Vierter-August-Sozialisten. Unruhe.) Die alte bürgerliche Demokratie mit ihren Stimmzetteln und Parlamenten ist keine Volksherrschaft. Der bürgerlichen Demokratie muß die proletarische Demokratie mit dem Räteystem folgen. Die neue Kultur, die aus diesem Weltbrand entstehen muß, kann nur das Räteystem bringen. Auch drüber in Frankreich und England regt es sich in der Tiefe. Der Souve-

nistische Kampf wird verfliegen, wie er bei uns verfliegen ist. Es ist weisheitsvoll gar nicht anders möglich.

Dem Volksting muß die Weltrevolution folgen.

Hier früher, da später. Aber kommen wird sie. Selbst bei den Regern am Congo und bei den Farmern Australiens. Die ganze Welt wird noch jahrelang erzittern. Nun glaube ich ja nicht, daß diese Körperlichkeit hier sich zu dem Räteystem entschließen wird. Die Annahme des Antrages Däumig ist ja schon der Ausdruck der Selbstkürzung der Arbeiter. Sie hätten sich hier sofort selbst als Nationalversammlung konstituieren sollen.

Wir wissen noch immer nicht, wie die Entente sich zu den Arbeiter- und Soldatenräten stellt. Wo Graberger seine Hand im Spiele hat, bleibe ich misstrauisch. (Zuruf: Gut!) Noch immer spielt die alte Diplomatie die Pöden nach Christiania. Wenn usw. Da hätte die Versammlung ein Mandat sprechen müssen.

Man spricht von der Diktatur. Jeder Sprecher malt sich etwas Unmögliches darunter vor. Wir haben unter der schmachlichsten Diktatur im Kriege gestanden. Schon in den ersten Augusttagen mußten wir das Reichentum anerkennen und sagen: Das machen wir nicht mit! (Starker Beifall bei der Mehrheit.) Die Diktatur ist mit dem Räteystem verbunden. Auch ich will das russische Beispiel nicht starr nachahmen. Man mag über die russischen Bolschewiken denken wie man will, einen erblichen Kampfsystem haben sie gehabt. Sie haben den ersten Frieden gebracht. Wie stellt es nun mit der Diktatur in Deutschland? Das verfluchte Volk ist in der großen Mehrheit. Bisher hat Deutschland unter der Diktatur einer Rinderheit gestanden. Das soll nun durch die Nationalversammlung beendet werden. Die Nationalversammlung wird uns die sozialistische Weltordnung nicht bringen, sie wird höchstens Staatsmonopol schaffen. Das heutige Räteystem ist natürlich unvollkommen. Wenn aber später ein einheitliches Wahlsystem für Arbeiter- und Bauernräte durchgeführt ist, dann ist ein solches Parlament ein viel stärkerer Kitt für die deutsche Einheit als die Nationalversammlung. Denn nicht das Proletariat, sondern die industriellen und merkantilen Elemente besorgen die reichsweiten wirtschaftlichen Beziehungen. Und dann: Ist es ein so großes Unheil, wenn die Leute, die aus dem Schwerte des Volkes große Reichtümer gesammelt haben, jetzt von der politischen Willkür vertrieben werden? Das ist nur ein Akt des Weltgerichts. Der Unterworfene sieht dem deutschen Volke noch tief in den Knäden. Die deutschen Soldaten scheinen nach der Beibehaltung der Kommandogewalt, um die Truppen geordnet zurückzuführen. Wenn die Soldaten ihre Führer richtig gewählt hätten, wäre der Rückzug besser vor sich gegangen. (Rufe von den Soldaten: Sie haben keine Ahnung von den Verhältnissen!)

Wir sind nicht solche Karren, daß wir in der jetzigen Situation draußes sozialisieren wollen. Das Sozialisieren kann nur nach einem großzügigen Plan vor sich gehen. Nur darf es nicht über die Köpfe der Arbeiter gemacht werden.

Durch die Fehler und Mißgriffe der ersten Wochen soll man sich in der Frage des Räteystems nicht irre machen lassen. Das sind Kinderkrankheiten. Jetzt herrscht nur ein unvollkommenes Kompromiß zwischen Revolution und altem System. Die Diktatur von sechs Männern scheint dieser Versammlung erträglich zu sein. Alle Ängste werden beseitigt werden, wenn die Arbeiterräte aus der Kontrollfunktion in die Verwaltungsfunktion einmischen.

Ich weiß: Meine Ausführungen sind unpopulär wie alles Neue. Aber kommen wird das Räteystem trotz alledem. (Beifall bei der Mehrheit.) Die deutsche Revolution ist noch nicht abgeschlossen, sie geht ihren Gang weiter. Die nächste Revolution kann nur durch das Räteystem verübt werden. Waffengraber sind in Ost und West reichlich. Die Hingefahrenen, sind geflohen für ein freieres Deutschland. Im Friedrichshain liegen die Kämpfer von 1848 und auch vom 9. November 1918. Von dort kingt

Die Stimme Freilichtes:

Schafft, daß der Gedanke und nicht fören kann im Schlaf: Sie waren frei, doch wieder jetzt und ewig sind sie Sklaven. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Besprechung.

Hans Aden: Däumig scheint ungenügend, daß das, was dem Kriege über gelassen ist, erst noch vernichtet werden muß, um das Neue aufzubauen. Heute liegen aber die Verhältnisse so, daß wir alle Ursache haben, sofort zu geordneten Verhältnissen zu kommen, um den sozialistischen Staat aufzubauen, und das kann nur geschehen durch schnelle Einberufung der Nationalversammlung. Das geschulte deutsche Proletariat wird es nicht zu einem russischen Wirrwarr kommen lassen. Wenn wir nicht für sofortige Wahl zur Nationalversammlung eintreten, werden uns die Wählermassen den Rücken kehren. Im Rheinland und besonders in Köln herrschen Bestrebungen, Deutschland zu persiflieren. Die Reichslisten stellen dort eine große Macht dar. Eine Verschiebung von der Paulusdruckerei in Trier fordert zu einem freien Rheinland im Deutschen Reich auf unter der Parole: Das von Berlin. Wir Sozialisten wehren uns auf das entschiedenste gegen alle Abtreibungsbestrebungen. Wir treten für einen Einheitsstaat ein und haben darum alle Ursache, möglichst bald zur Nationalversammlung zu kommen. Vor der Volksabstimmung brauchen wir uns nicht zu fürchten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Decker: Ich meine, auch wir zweifeln nicht daran, daß die Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit haben wird. Dennoch wird sie eine reaktionäre Institution sein. (Zuruf: Hört, hört bei der Mehrheit.) Das Volk hat die jetzt noch nicht gesagt, daß es seine Geschichte in die eigenen Hände nehmen will. Es schweigt in der Illusion, daß die Führer ihm Freiheit und Frieden bringen werden. Die Nationalversammlung kann die großen Probleme nicht lösen. Dann wird aber das Gland um so größer sein. Cohen und die, die ihm hier zuzuhören, haben jahrelang das deutsche arbeitende Volk an der Nase herumgeführt. Die Reorganisation legt die Verantwortung unmittelbar auf die breiten Massen des Volkes, die Nationalversammlung legt sie in die Hände der Führer. Sie werden ja natürlich eine Nationalversammlung beschließen. Aber die objektiven Tatsachen der kommenden Tage werden über die Nationalversammlung hinweggehen und doch das Räteystem auf seine proletarische Beine stellen. Die Nationalversammlung kann die Besprechungen, die man macht, gar nicht lösen. Eine Sozialisierung ist ohne Räteystem nicht möglich. Sie machen das dem Bolschewismus geaulit. In Russland hat man eben durch den Frieden von Brest dem Volke die wichtigsten Produktionsstätten genommen. Und kann jeden Augenblick durch unsere Hände das selbe Los gebracht werden. Wenn wir keine Kampfsmittel mehr haben, wird es ganz von selbst dazu kommen, dem Sozialismus die Nahrungsmittel wegzunehmen, damit das arbeitende Volk sein Leben selbst kann. Ich möchte mit einem Wort des Proletats (Zuruf: Gut!) schließen. (Lachen.) Da steht man die administrativen Organe der Mehrheit, die alles niederbrüt und niederbrüt. Glaubt sie nicht, daß sie zu, daß sie warm oder kalt sein werden und nicht lau, auf daß ich Euch nicht ausspannen möchte aus meinem Munde. (Starker Beifall bei einer Mehrheit.)

Vorsitzender Leinert rügt den Ausdruck: Administration ge-
bente Mehrheit.

Ein Antrag Kaufmann, der das Abstreifen aller Kompromittierten Führer, die sich gegen das arbeitende Volk, gegen die Verweigerung der revolutionären sozialistischen Idee durch ihre Kriegspolizei befähigt haben, fordert, wird mit gut Beratung gestellt.

Denselben: Ich spreche im Namen jener Truppen, die in diesem Augenblick noch im Rückmarsch oder in der Demobilisation begriffen sind. Wir haben mit größter Hochachtung gehört, was der Korreferent Däumig gesagt hat, aber unsere Einsicht stimmt uns, dem beigetreten, das der Referent Cohen hier ausgesprochen hat. Alle unsere Hilfskräfte sind erschöpft. Der Feind wird mit Freuden den ersten Vorgang benutzen, um einzurücken. Nur strengste Selbstkürzung des ganzen Volkes kann uns demgegenüber retten. Die Hoffnung auf die Weltrevolution ist heute ein Traum. Wer das dem Volke vorspielt, ist ein Phantast oder ein Verbrecher. Ich als Mitglied des Soldatenrates bei der Obersten Sekretariat, bin der festen Überzeugung, daß ohne die Nationalversammlung keine Rettung unseres selbständigen staatlichen Daseins möglich ist. Nur Ordnung, Arbeit, Freiheit und Selbstschutz kann uns retten. (Beifall.)

Kaufmann: Der russische Bolschewismus ist eine große politische Erscheinung. Er hat gewisse Kampfmethoden, die auf deutsche Verhältnisse nicht passen, aber deswegen darf man keine Panik daraus machen. Das Proletariat hat bei uns die politische Gewalt noch nicht voll in Händen. Das hätte der Kongreß zuerst einmal beschließen sollen. Wenn die Arbeiter- und Soldatenräte, wie es beschlossen ist, an der Kontrolle teilnehmen, dann wird auch den Arbeitern und Soldaten im Reich das Mandat gegeben. Der Volksgesundheitsrat sollte sofort einen Rätekongreß berufen und eine Räteverfassung geben lassen. Die Nationalversammlung wird ja kommen. Sie wird eine Sicherung der Demokratie und ein gutes Stück Sozialismus bringen, aber weiter nichts. Es wird zwar eine Mehrheit für Sozialisierung kommen, aber ob das eine sozialistische Mehrheit ist, ist eine andere Frage. Der Wahlkampf muß mit Geschlossenheit und Einigkeit geführt werden, um so mehr als im Hinblick auf die Krise heraus das Drängen hervorbricht, über die jetzigen Fraktionsstreitigkeiten hinweg zu einer neuen Kampffront zu kommen. (Beifall bei einer Mehrheit.)

Kugel: Ich bin von der demokratischen Fraktion beauftragt, zu erklären, daß wir geschlossen hinter den Erregungsausschuß der Revolution stehen und bereit sind, an ihrer Weiterentwicklung mitzuwirken. Allerdings nicht in nervöser Hast, sondern gelassen und organisiert. Wir brauchen die Nationalversammlung, weil wir den Frieden brauchen. Den bekommen wir nicht, wenn unsere Feinde mit einer Räteregierung verhandeln sollen. Wir brauchen die Nationalversammlung, weil wir Brot brauchen und weil wir Arbeit brauchen. Die Räteverfassung ist ein Lebensmittel und ein Stoff. Wir brauchen die Nationalversammlung, denn wir brauchen die Freiheit. Bisher steht die Freiheit zu einem erheblichen Teil auf dem Papier. Wir brauchen die konterrevolutionären Bestrebungen und wir haben selbst mit unserem Leib zur Verfügung, wenn es gilt, die Erregungsausschuß der Revolution zu erhalten. Aber wir wenden uns auch gegen die Anarchie von links. Wir brauchen die Nationalversammlung, denn wir brauchen das Recht. Das Recht der Revolution beruht auf der Macht. Es muß verankert werden in dem Grundgesetz unseres Volkes. Legen Sie dem deutschen Volk die Nationalversammlung als Reichsgesetz auf den Tisch. (Beifall bei der Mehrheit.)

Vorsitzender Leinert gibt eine Reihe von

Erklärungen

zur Angelegenheit der Kasse des Volksgesundheitsrates bekannt. Richard Müller erklärt, daß die dem Volksgesundheitsrat durch Ertrag zugeführten 400 000 Mark bei einer Durchsichtigung des Schloßes nach verächtlichen Revisionen am 11. November durch ihn selbst einem Mann, der vorgab, Bücher in dem Saal zu haben und im Schloß zu wohnen, abgenommen und dem Ertrag zwecks Abführung an den Volksgesundheitsrat übergeben worden sind.

Emil Barth und Lebedew erklären, daß ihnen, als sie etwa Vollmacht für die Besetzung des Generalstabs am 9. November ausstellten, nicht bekannt war, daß bei jeder Gelegenheit im Generalstabsgebäude eine Summe beschlagnahmt wurde.

In einem Telegramm des Soldatenrates vom General-Kommando des 7. Armeekorps wird Protest erhoben gegen die Ausführungen Hederts-Gomann, der behauptet hat, es existierten Geheimberichte. Der ganze Geschäftsbetrieb unterstehe noch wie vor der Kontrolle der Soldatenräte.

Darauf tritt die Mittagspause ein. Schluß 1 1/2 Uhr.

Die Nachmittagsung.

Hr. Leinert verliest ein Telegramm des General-Kommandos und des General-Soldatenrats in Münster i. W., worin im Gegensatz zu Ausführungen aus dem Kongreß erklärt wird, daß die Verfügung über Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte lediglich eine Weitergabe im Wortlaut der von der Obersten Sekretariat übermittelten Bedingungen für die Besetzung der getrennten Zone gewesen ist. Die Bekanntgabe erfolgte, um die U- und S.-Räte vor Verhaftung durch die Entente in der neutralen Zone zu bewahren. (Ein Zuruf: Quidenburg-Schwindel!) Geheimberichte der Oberbürgermeister, Landräte und Polizeipräsidenten über die Arbeiter- und Soldatenräte sind im Korpsbereich nicht angeordnet, sondern nur am 18. November im Benehmen mit dem General-Soldatenrat ein einmaliger offener Bericht über das Zusammenarbeiten der Soldatenräte mit den Behörden eingehend worden, um reibungslose Mitwirkung der Soldatenräte zu sichern.

Der Vorsitzende verliest weiter ein Schreiben der 7er Kommission der Groß-Berliner Soldatenräte, die zur Untersuchung der Anschuldigungen gegen die soldatischen Mitglieder des Volksgesundheitsrates eingereicht worden ist.

Verlesen wird weiter eine Erklärung des Kassierers und des internen Ausschusses des Volksgesundheitsrates Berlin, wonach der Rat der Volksbeauftragten für den Kongreß zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt habe.

Vorsitzender Leinert: Ich werde diese Erklärung dem Rat der Volksbeauftragten mit dem Ersuchen, Geld zur Verfügung zu stellen, übermitteln.

Die auswesenden Vertreter der Soldatenräte des 7. Armeekorps lassen eine Erklärung verlesen, die sich gegen das Telegramm aus Münster richtet. Im Korpsbereichungsblatt vom 18. d. M. wurde unter dem 8. d. M. eine Verfügung des fröhlichen General-Kommandos des 7. Armeekorps erzeigt zur Kenntnis und Befolgung veröffentlicht. Die Verfügung ist vom 8. d. M. 1918 und befaht, daß über alle Vorkommnisse, wie Abheerungen, Streiks usw. durch die Landratsämter und Postämter sofort telephonisch oder telegraphisch zu berichten ist. Als Erklärung für diese genaue Anordnung wird angegeben, daß das General-Kommando täglich an die Regierung berichten müsse.

Unterstützen ist diese neue Verfügung durch den Generalol-
datenrat und durch den General von Bohra. Danach sei die
Behauptung des Delegierten Geder durchwegs richtig.

Vollbeauftragter Leubberg polemisiert gegen die Ausführ-
ungen des Kassierer des Volksrates. Dieser erwidert dar-
auf:

Es soll nunmehr in die Tagesordnung eingetretet werden.
Lipinski-Leipzig (unabhängige Fraktion zur Geschäftsord-
nung): Der gestern angenommene Antrag Lindemann überweist
dem Zentralrat die parlamentarische Überwachung des Rates
der Vollbeauftragten. Das ist unfair; ist darunter Mitwirkung
oder lediglich beratende Funktion zu verstehen?

Zentralrat und Regierung.

Vollbeauftragter Gasse: Der Rat der Vollbeauftragten
versteht unter der parlamentarischen Überwachung, daß alle Ge-
setzentwürfe dem Zentralrat vorgelegt, und alle wichtigen Geset-
zvorlagen von ihm beraten werden. Der Rat der Vollbeauf-
tragten hält es für ganz ausgeschlossen, daß bei dieser Regelung
Zerwürfnisse mit dem Zentralrat entstehen können. Er ist da-
von durchdrungen, daß es in jedem Fall möglich sein wird, eine
Verständigung zwischen diesen beiden Körpern herbeizufüh-
ren. Es muß in dieser revolutionären Periode rasch auf ge-
setzgebendes Gebiet gearbeitet werden, es ist nicht möglich,
Lapening die einzelnen Fragen hinauszuschieben. Es besteht auch
kein Interesse, auch bei den Antragstellern nicht, daß irgend
welche gleichgültigen Dinge, die sich auch ohne Gesetz regeln
lassen, den Zentralrat beschäftigen, er muß aber die Gesetzent-
würfe erhalten. Sollte in irgend einem Fall es nicht zur Über-
stimmung kommen, dann wird allerdings in einer Zeit wie
der gegenwärtigen ein Vakuum nicht entstehen dürfen, sondern
es muß der Rat der Vollbeauftragten, solange er das Vertrauen
des Zentralrats hat, der ihm in jeder Zeit abberufen kann, das
Recht haben, rechtswirksame Gesetze zu erlassen.

Dr. Geyer-Leipzig (unabhängige Fraktion): Diese Erklärung
heißt uns nicht zufrieden, sie vermissen die Grundlage des Zu-
sammenarbeitens hier und anderwärts vollständig. Unter diesen
Umständen muß eine Fraktion die Möglichkeit haben, sich über die
veränderte Situation auszusprechen, und ich bitte daher, die
Sitzung auszusprechen, um meiner Fraktion die Gelegenheit
dazu zu geben.

Dieser Antrag wird abgelehnt. (Geder: Chemnitz auf:
Dann gehen wir und unter Protest zurück, und Sie können ohne
uns weiter tagen. — Unruhe.)

Wass-Nem-Held (Fraktion der geeinten revolutionären Ar-
beiter und Soldaten): Nachdem es uns durch die Mehrheit un-
möglich gemacht ist, unsere Stellung zum Rate der Vollbeauf-
tragten darzulegen, bitte ich Sie, den Kongress zu verlassen und
dabei schloßlich zu werden, ob wir weiter an der Tagung teil-
nehmen können. (Große Unruhe.)

Ein Teil der Unabhängigen und die Linken radikalen erheben
sich und schälen sich an, den Saal zu verlassen, ein Teil von ihnen
bleibt jedoch zurück, als namentlich in der fortgesetzten Aussprache
über die Frage der Nationalversammlung Vollbeauftragter
Gasse das Wort erhält. Er befaßt die Frage nach
der Notwendigkeit der Nationalversammlung. Nach seiner
Auffassung ist die Frage überhaupt nicht so zu stellen:
Nationalversammlung oder Räteversammlung — sondern es
kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Räte ihre
besondere Bedeutung nach behalten werden. (Sehr richtig!)
Reinheitsverhältnisse bestehen allerdings im Rat der
Vollbeauftragten, zu welchem die Nationalversammlung einberufen
werden soll. Ich bitte Sie, Genossen, diese Frage ruhig unter
Würdigung aller Gesichtspunkte nochmals zu prüfen. Verpassen
Sie nicht, es waren die Reaktionen, die zuerst und besonders
stürmisch die frühe Einberufung der Nationalversammlung
forderten. Schon das legt und das Bedenken nahe, daß für die
Reaktionäre besondere Gründe maßgebend gewesen sind. Sie
verwandeln kein Mittel, diesen ihren Plan durchzuführen. Leider
haben nicht nur die alten reaktionären internationalen Kreise,
sondern weit darüber hinaus noch andere Parteien, nicht nur
bäuerliche, sich einen Teil dieser Gründe zu eigen gemacht. Wir
haben gesehen, wie uns gruselig gemacht wurde, die Entente wolle
keine Lebensmittel liefern, wenn wir nicht zum raschesten
Termin die Nationalversammlung einberufen würden. Es ist
heute von australischer Seite, von der amerikanischen Regierung,
diese Behauptung widerlegt worden. (Fort, höre!) Die Frage
der Lebensmittellieferung hat mit dem Zeitpunkt der Ein-
berufung der Nationalversammlung nichts zu tun.

Weiter ist die Behauptung aufgestellt worden, wie sie auch
heute der Mehrheit aufgefallen hat, daß wir der Desorganisation,
die bei uns besteht, durch die Nationalversammlung ein rasches
Ende machen müßten. Dabei hat der Redner vollständig über-
sehen, daß die Desorganisation der Finanzen und der Wirtschaft-
lichen nicht nur in Deutschland besteht, sondern auch in jenen
Staaten, die aus diesem Kriege als Sieger hervorgegangen sind.
(Sehr richtig.) Die Umfassung des Kriegswirtschaft auf die
Kriegsproduktion ist überall ein schwieriger Prozeß, der nicht
ohne Erschütterungen vor sich gehen kann.

Es ist weiter behauptet worden, und es hat sich bei früherer
Präsenz des Reichstages in einem interrevolutionären Akt auf
beide Seiten geltend gemacht, daß wir nicht zur Verlängerung des Waffen-
stillstandes kommen würden, wenn nicht zum nächsten frühesten
Termin die Nationalversammlung zusammentrete. Auch diese Be-
hauptung ist, nachdem die Karte des Schwabers des Herrn Geder
bekannt kaum trocken geworden war, als unwahr erwiesen. Der
Waffenstillstand ist bedauerlich. Die dritte, ebenso unwahre Be-
hauptung ist, daß mit dieser Regierung nicht über den Frieden
beraten würde, wenn die Nationalversammlung nicht aufs rascheste
einberufen würde. Die Regierung ist als verhandlungsfähig an-
gesehen worden und wird als verhandlungsfähig angesehen werden.

Diese Schwärzeln sind gefährlicher Natur, Sie
können leicht der Entente den Gedanken suggerieren, sie brauchen
nur zu korrespondieren, um sich in deutsche Angelegenheiten zu mischen.
Wir haben alle Kräfte, uns dagegen zu wehren. Es wird ge-
sagt, wie mühen wir uns Konsolidierung unserer inneren Zustände
kommen. Diese Konsolidierung geht vor sich, wenn auch nicht
ganz glatt, da Schwärzungen ununtrennbar mit der Revolution
verbunden sind. Glaubt jemand, daß, wenn die Nationalver-
sammlung zustande kommt, sich alle aufgeregten Kräfte be-
ruhigen werden? Unmöglich! Eine Verhinderung wird einreten,
wenn hier im Kongress ein bestimmter Termin mit Gesetzeskraft
für die Konstituante festgesetzt wird. Unter anderem aber ist
die Frage, ob dieser Termin herausgerückt wird oder nicht. Wichtig
ist, daß die Unmöglichkeit beseitigt wird.

Welcher sind die Gründe, die gegen einen frühen Termin
sprechen? Wie sind aber die zukünftige Gestaltung Deutsch-
lands im Unklaren. Die Grenzen sind ungewiß. Im Osten
haben wir das Selbstbestimmungsrecht der Völkern anerkannt zu
einer Zeit, als die polnischen Reichstagsabgeordneten mit dieser
Forderung noch nicht einmal herzutreten. Aber wir wollen
auch das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in diesen Ge-
bieten unter keinen Umständen gesichert wissen. Das Wilson-
sche Programm ist angenommen und soll ehestig zur Durchführung
gebracht werden. Die Ungewißheit der Grenzen deutet daraufhin,
daß bei der Nationalversammlung eine Reihe von Personen an
unseren Beratungen teilnehmen werden, von denen wir nicht
wissen, ob sie in kurzer Zeit noch zum Deutschen Reich gehören.
In den besetzten Gebieten haben unsere Landbesitzer kein freies
Besammlungsrecht. Wir müssen auch allen Soldaten die Rück-
kehr verschaffen, an der Wahl teilnehmen und sollen wir
den Krieggefangenen die Möglichkeit einräumen, an der National-
versammlung teilzunehmen. Ein großer Teil der heimlichen
Bevölkerung und der deutschen Soldaten sind über die wichti-
gen politischen Dinge im Unklaren, und selbst der Führer der
Kriegsgefangenen hat geschrien: Wie sind belagert und bedroht
worden. Die raffinierteste Lügefabrik war in dem sogenannten
Vaterländischen Aufklärungsbüro organisiert. Soll der politisch

unaufgeklärte Teil des Volkes bei dieser wichtigen Wahl des
Reichstages der Republik mitbestimmen? Oder haben wir nicht
allen Anlaß dafür zu sorgen einen angemessenen Zeitraum
bestimmen zu lassen, damit man die Möglichkeit hat, dem Volke
sinn zu machen, um welche großen Probleme es sich handelt.
Es kommt hinzu, daß auch 21 Millionen Frauen zum erstenmal
wählen. Sie müssen unterrichtet werden, wie sie zu wählen
haben. Die Forderung der Demokratie ist, daß nicht ein Bruch-
teil, sondern das ganze Volk, soweit es wahlberechtigt ist, an
die Wahlurne herantreten kann. Die Nationalversammlung muß
ein Spiegelbild der freien und unverfälschten Volksmeinung
werden. Darum bitte ich unter allen Umständen, allen Ver-
suchen, die Wahl auf einen früheren Termin zurückzuführen,
entschiedenen Widerstand zu leisten. Wir wollen reife, auf-
geklärte Wähler zur Wahl bringen. Sogar Sie dafür, daß,
wenn die Nationalversammlung zusammentritt, alle Welt sagen
muß: Das ist der Ausdruck des Volkswillens. (Beifall.)

Samtbeil: Wir in Baden sind der Auffassung, daß die Na-
tionalversammlung gar nicht rasch genug einberufen werden
kann. Der kleinere Druck der Unsicherheit, der heute auf allen
Gebieten der Volkswirtschaft liegt, wird gemindert werden, wenn
sich die Nationalversammlung beisammen ist.

Sanz (Soldatenfraktion): Hier ist die Frage nur: Demokra-
tie oder Diktatur des Proletariats? Man will die bürgerlichen
Kriegspolitiker zu Gezeiten ohne jedes politische Recht herabdrücken.
Das heißt: den Bürgerkrieg in Permanenz erklären. Ich selbst
bin mit der Kriegspolitik Scheidemanns nicht einverstanden ge-
wesen, aber ich bin nicht dafür, daß man die Gewerkschaftsführer
in die Wand drückt. Wir werden für die Erfolge der Revolution
antreten und sollte es auf den Barrikaden sein. (Beifall.)

Loß-Hessen (Demokratische Fraktion) freut sich über Gasse's
Protest gegen die politischen Übergriffe. In Hessen verlangen
alle Parteien die sofortige Einberufung der Nationalversammlung.
Wer, wie wir, vier Jahre von dem Militarismus getrieben worden
ist, der weiß, wie er zu stimmen hat. Wir haben die Diktatur
der Junker gestürzt und bedanken uns für die Diktatur der
Sträße. (Zustimmung.) Däumig vermehrte jeden Schwung in
der deutschen Revolution. Es ist Schwung in der Bewegung, die
nach Jugend Süddeutschlands liegt einmütig hinter uns. (Großer
Beifall.) Was im dunklen Mecklenburg möglich war, ist im
ganzen Reich möglich. (Beifall.)

Gerde (Ael): Wir Ael haben die Revolution zuerst ge-
macht und sind jetzt gegen den Vorwurf, daß wir etwas bremsen
wollen. Aber noch reichlicher Überzeugung treten wir für sofortige
Wahlen ein, schon damit die deutsche Wirtschaft mächtig bald zur
Ruhe kommt. Weber Gasse noch irgend ein anderer werden
einen Zeitpunkt angeben können, an dem alle Gebietsfragen ent-
schieden sein werden. So lange können wir mit der Nationalver-
sammlung nicht warten. Die Auffassung, die bis zu einem
längeren Zeitpunkt erfolgen soll, besteht doch nur in einem Ge-
wärt der Reaktionen der verschiedenen Richtungen in der Partei.

Bayer (Soldatenfraktion): Millionen Worten auf die einzige
Entscheidung, die es geben kann. Ein Sozialist kann nicht das
Selbstbestimmungsrecht, das Grundrecht aller Demokratie be-
streiten. Es wäre ein Verbrechen, wenn wir durch die Herr-
schaft der A- und S-Räte das Volk enttäuschen wollten. Das
Volk wird den Sozialismus zur Herrschaft bringen, es muß nur
die Gelegenheit dazu erhalten. Es lebe die Nationalversamm-
lung und mit ihr das deutsche Volk.

Mittel-Rhein: Alle Achtung vor Däumigs dichterischer
Phantasie, aber seinem Verstand kann ich keine Anerkennung er-
weisen. (Heiterkeit.) Wir wollen die Republik auf realem Boden,
nicht im Wolkenspalast, das ein jeder Wind wegschlägt. Soll
mit unserm Verhängnisvollen Volk zum zweitenmal va banque ge-
spielt werden? Dafür bedanken sich die Arbeiter und Soldaten.
Die beste Sicherung der Errungenschaften der Revolution ist die
schleunigste Einberufung der Nationalversammlung, nach dem
Vorschlag unserer Partei am 19. Januar.

Samt-Samburg (Soldatenfraktion): Die Mehrheit von
uns ist der Überzeugung, daß das Abspalten des Separatismus
fordert und den Aufbau der sozialistischen Republik gefährdet.
Wenn wir Soldaten fünf Jahre dem politischen Leben entzogen
waren, so haben wir unbeschätzten Sinn gesehen, wobei der
Bruderkampf der sozialistischen Parteien führt. Wir haben die
eroderungsfähigen Generale befreit, wir wollen jetzt nicht die
Herrschaft der Minderheit. Wir wollen unsere sozialistischen
Ideen nicht dem Volk mit dem Polizeiknüppel einschämen, wir
werden auch so sagen, was es auch länger dauern.

Reisler-Weißfront (Soldatenfraktion): Der größte Teil der
Soldaten wünscht die Nationalversammlung möglichst bald. Gegen-
über Gasse weise ich darauf hin, daß das Volk ein Sonder-
bestimmungsrecht für die nach dem Wahltag zurückkehrenden Ge-
fangenen vorbehält.

Rauf-Offenbach: Der Deutsche ist und bleibt Romantiker und
die Anhänger der Räteherrschaft sind es erst recht. Zu welchem
Zweck ist denn die Revolution gemacht worden? Doch nicht etwa,
um die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen. Demokratie ist
undereinander mit der Abspaltung irgendeiner Klasse.

Schauer-Sommern: Die Stellung zur Nationalversammlung
mich in Berlin und in den Industriekreisen viel zu sehr durch
eine gefährliche Brille gesehen. Je länger wir den Termin zur
Nationalversammlung hinausschieben, je mehr werden die Schäden,
die sich auf Landbesitz und anderen Besitz fügen, wieder an Macht
gewinnen. Nur dann kann die Revolution übergeführt werden,
wenn sie eine Rechtsgrundlage durch die Nationalversammlung
erhält. Wie brauchen Arbeitskräfte, um die Industriebeschäfti-
gung mit Lebensmitteln zu versorgen. Dazu ist eine feste Re-
gierung erforderlich, die die übermäßigen Arbeitslosen auf
Nahrung bringen kann. Ich habe mich seit meiner Dienstentlassung
bemüht, in Kommern auf eine Einigung der sozialisti-
schen Parteien hinzuwirken, bin aber immer bei den Un-
abhängigen abgeblieben. Eine Einigung muß offen und ehrlich
und ohne jede Bedingung sein. Wer die Einigung will, darf
nicht für den Antrag Raufenberg stimmen, der einzelne
Personen abspalten will. Das deutsche Volk befindet sich jetzt
in bitterer Not, da müssen wir alle Kräfte zusammenfassen.

Scheidemann: In der jetzigen Situation kann und darf
Wag nicht viel helfen. Jetzt müssen wir selbst die Politik
reiben, die sich aus der heutigen Lage aufdrängt. Die Ar-
beiter- und Soldatenräte haben zweifellos viel Gutes geleistet. Sie
waren eine Notwendigkeit, können aber nie eine
dauernde Einrichtung sein. Die dauernde Einrichtung
des Rätebaus würde den absolut sicheren Ruin unseres Handels
und unserer Industrie, würde den absolut sicheren Untergang
des Reiches und unbeschreiblichen Elend bedeuten. Sie können nur so
lange eine Maßnahme sein, als sie die Mehrheit der
Machtmittel in Besitz haben. Was in Russland
Geschehen ist, wäre dann für Deutschland sicherer Zu-
kunft. Es würde sogar noch viel schlimmer kommen
als in Russland, weil es bei uns viel mehr zu gewinnen
gibt. Wir sind keine Sozialdiktatoren, sondern
Sozialdemokraten gemein. Der Volkswille ist die
Basis einer irdigen Politik. Gewiß wollen wir auch die Linken
radikalen nicht, aber kommt immer, wenn sie so weiter arbeiten,
(Sehr richtig.) Der demokratische Kampf, muß für die National-
versammlung eintreten. Der Streit ist ja keine Prinzipienfrage,
sondern nur eine Terminfrage. In der jetzigen verwickelten
Situation darf nicht eine Klasse die Verantwortung tragen, sondern
das ganze Volk muß sie haben. (Acht, Zustimmung.) Es scheint
sich, als habe man Angst vor einer Nationalver-
sammlung. Wir sind sehr überzeugt, daß das deutsche Volk
hinter uns steht und jeden mit ruhigem Bewußtsein der allgemeinen
Abrechnung entgegen. Die trüben Schwerezeiten sind auch
nicht unüberwindbar. Das Reichsamt des Innern hat berichtet,
daß am 19. Januar die Wahlen stattfinden können. Für die
Kriegsgefangenen ist ausdrücklich eine Rückwahl festgesetzt. Es ist
belegt worden, wie brauchen Agitation. Niemals ist für eine
Wahl besser und gründlicher vorbereitet worden als für diese

Wahl. Seit 4 1/2 Jahren sind wir in der wilden Wüstenlandschaft
(Beifall.) Alles das sind keine stichhaltigen Gründe. Wenn wir
noch recht lange so wirtschaften wie jetzt, dann wird in den
Röfen des deutschen Reiches sich noch eine Wandlung vollziehen
und es werden dementsprechend auch die Wahlen ausfallen. Sehr
viele, die in Berlin leben und arbeiten, lassen sich total bein-
flussen durch das, was sich in Berlin abspielt. Aber Berlin
ist glücklicherweise nicht Deutschland. (Stürmischer Beifall.)
Auch in Berlin sind diejenigen, die die Wahl gar nicht oder hinan-
schieben wollen, in verschwindender Minderheit. (Zuruf von der
Tribüne: Das wollen wir erst mal sehen. — Der Vorsitzende
ruft dies als ungehörig.)

In diesem Augenblick erscheint die Gruppe der geeinten Revo-
lutionäre unter Vorantritt von Gasse wieder in dem Saal.
Scheidemann fährt fort:

Parteiensoffen: Wir brauchen Brot, Frieden und Arbeit, aber
nicht Tag für Tag Demonstrationen auf der Straße und Spazio-
fahrten mit Maschinengewehren. (Zustimmung bei der Mehr-
heit.) Die Räte können uns weder Brot noch Frieden bringen.
Sie werden uns den Bürgerkrieg schenken. (Sehr richtig!)
Nur eine Volksvertretung auf demokratischem Wahlrecht wird im
stande sein, uns Frieden und Brot zu verschaffen. Nur eine
Nationalversammlung kann die Errungenschaften der Revolution
sichern. Sorgen Sie dafür, daß diese Wahlen so schnell wie möglich
d. h. am 19. Januar, stattfinden. (Stürmischer Beifall.)
Bei der Mehrheit. — Weisen auf der Tribüne. (Stürmischer
Raus!) Vorsitzender Leinert droht, die Tribünen räumen zu
lassen, wenn noch einmal eine Kundgebung von dort gemacht wird.
(Därmende Hurufe aus dem Saal und von den Tribünen.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird an-
genommen. Das

Schlusswort

erhält Cohen: Er geht kurz auf die Ausführungen von Gasse
Geder und Däumig ein. Wenn Däumig meint, durch die National-
versammlung erließen die Räte den Todesurteil, so muß ich
fragen: Sind denn die Räte Selbstzweck? Oder sollen sie nur
dazu dienen, die Dinge in Ordnung zu bringen? Ich glaube, wir
alle werden sehr gern von dieser Stelle zurücktreten, wenn die
Räte unseres Vaterlandes behoben sind. Den Optimismus in
bezug auf eine Weltrevolution verleihe ich nicht. Da bin ich un-
belehrbar. Halten wir fest an dem 19. Januar und lassen wir
nicht die anderen danach rufen. Aus unseren Reihen muß der
Aufbruch kommen. Dann werden wir für alle Zukunft die Führer
des deutschen Volkes werden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Däumig führt in seinem Schlusswort aus: Ich bleibe dabei,
nicht die slavische Nachahmung des alten demokratischen bürger-
lichen Prinzipis ist das Bedeute, sondern das neue demo-
kratische Prinzip des Räte Systems. Das deutsche Volk
tautart ist zu schade dazu, um auf die Stufe der westlichen Demo-
kratien zu sinken. Das deutsche Volk mit seinem Ansehen muß
aufgerichtet werden. Das können Sie nicht tun, wenn Sie ihm ein
paar Jahre einen Stimmzettel in die Hand drücken und ihn sofort
zurücknehmen. Nur geht nach Hause, seine Parlamentarier werden die Sache schon
beispielen. Das kann nur geschehen, wenn man durch das Räte System
die Arbeiter ständig an der Hand hat, wenn das Volk aktiv an
der Gestaltung seiner Geschicke beteiligt wird. Gegen den
Sozialismus sind Sie alle hingenommen durch die tenden-
ziösen Berichte der bürgerlichen Presse. Der Arbeiter gibt
eine englische Stimme. Es wird einmal eine historische Gerechtigkeit
geschehen. Dann wird sich auch zeigen, daß die deutschen Genossen
im Westen eine schwere Schuld auf sich geladen haben. Sie
in England und in der Ukraine die Menschen niederge-
meißelt haben. (Beifall bei einer Minderheit und stürmische Ge-
rührung der Soldaten.) Sie stimmen das Räte System nicht ab.
Der Ruf: Alle Macht den Arbeiterräten wird nicht verstummen.
(Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Damit ist die Debatte über die Nationalversammlung ge-
schlossen.

Abstimmung.

Fast einstimmig wird angenommen der Antrag:
Die Waffensstillstandskommission zu beauftragen: Schluß
mit der Entente in Verhandlungen einzutreten, über Gestaltung
und Beschränkung der Nationalversammlung im be-
stimmten Gebiet. Allen Parteien soll gestattet werden, durch
freien Verkehr im besetzten Gebiet in Wort und Schrift an die
Wähler in Stadt und Land heranzutreten, sowie die erdun-
genen Vornahme der Wahl zu kontrollieren.

Es folgt darauf die Abstimmung über den Termin der Wahl
zur Nationalversammlung.

Der Antrag, die Wahlen am 18. März stattfinden zu lassen,
wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Gegen die Wahl
Minderheit wird der 18. Februar abgelehnt.

Mit Nebensächlichem Mehrheit wird
der Termin der Wahl auf den 19. Januar festgesetzt.

Der Antrag Dr. Baufenberg, der besagt, daß zur Durch-
führung einer sozialistischen Mehrheit der Nationalversammlung
eine Einigung der sozialistischen Massen notwendig sei, das hier-
über aber Voraussetzung wäre, daß alle kompromittierten Führer
schreiben, wird von dem Antragsteller zurückgezogen.

Der Antrag der Demokratischen Fraktion, wonach der Kongress
erwartet, daß die Reichsleitung unter allen Umständen für
Gewährung der freien Wahlrechte an alle deut-
schen Landestteile sorgt, und daß sie sich dabei mit größter
Entschlossenheit dagegen wehrt, daß fremde Staaten unter
Gewaltung des Völkerrechtes durch Ausschreibung von Wahlen
in reindeutschen Gebieten das Selbstbestimmungsrecht des deut-
schen Volkes verstoßen, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Protest gegen alle Absonderungsbestrebungen, der weiter
erklärt, daß nur der Großdeutsche demokratische-sozial-
istische Einheitsstaat die Gewähr dafür bietet, daß das
deutsche Volk zur höchsten kulturellen und wirtschaftlichen Entwic-
kung emporgehoben werden kann, wird gleichfalls mit überwältigender
Mehrheit angenommen. (Redner, dessen Referat aus-
drücklich die Frage der künftigen inneren Ausgestaltung Deutschlands über-
wies ist, protestiert gegen diese Abstimmung.)

Es kommt nunmehr zur Abstimmung der Antrag Däumig:
1. Die Delegiertenversammlung erklärt, daß unter allen
Umständen an dem Räte System als Grundlage der Verfassung der
sozialistischen Republik festgehalten wird, und zwar beruht, daß
den Räten die höchste gesetzgebende und Vollzugsgewalt zusteht.
2. Die Delegiertenversammlung beauftragt eine Kommission
mit der schleunigen Ausarbeitung eines allgemein gültigen Wahl-
systems für die Arbeiter- und Soldatenräte und Bauernräte
Deutschlands.

3. Auf Grund dieses Wahlrechtes werden Wahlen zu einer
Nationalkongress der Arbeiter- und Soldatenräte vorgenommen,
der die Entscheidung über die künftige Verfassung Deutschlands
zu erlassen hat.

4. Solange die endgültige Verfassung der sozialistischen
Republik nicht beschlossen ist, bildet ein Zentralrat von 63
Mitgliedern, bei allen Teilen Deutschlands zu entnehmen sind,
die höchste Kontrollinstanz des Rates der Vollbeauftragten und
Reichsämter.

Über diesen Antrag soll nachentliche Abstimmung
stattfinden.

Der Vorsitzende Leinert erklärt, daß durch die Abstimmung
Nationalversammlung der Antrag erledigt sei. (Lebhafter
Beifall.) Die Nationalversammlung kann ja das Räte System beibehalten.
Das können wir dann der Nationalversammlung überlassen.

Geyer bietet um Abstimmung, um keine Wüh-
brüber aufkommen zu lassen, als ob der erste Rätekongress
Mächtigkeiten des Todesurteil sprechen würde.

Vorsitzender Leinert: Es kommt dem Wunsch fern an,
die Abstimmung aber unanendlich sein soll, muß vorher noch

Wunden. Hierher kam es zu einem Streit, in den sich auch Wunden einschaltete. Plötzlich ging der unbekannte Mann einen Revolver und feuerte auf den Zuschauer und den Hörner mehrere Schüsse ab. Hierher brach zusammen und wurde so schwer verletzt, daß er nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Leiche des Aufsehers wurde beschlagnahmt und nach dem Charlottenburger Schopenhauer gebracht. Der Revolverheld ist mit seiner Begleiterin, wahrscheinlich einem Straßenmädchen, entkommen. Er ist etwa 28 Jahre alt und scheint, wenigstens seiner Kleidung nach, den besten Arbeiter zu sein. Die Charlottenburger Kriminalpolizei traf sofort alle Maßnahmen zur Ermittlung und Festnahme des Täters.

Von Einbrechern schwer heimlich wurde in der Nacht zum Donnerstag die Bekleidungs- und Schuhfabrik von A. S. Stroem am Werderischen Markt 7. Die Diebstahlsdrangen entweder mit Nachschlüssel in das Haus ein oder schlichen sich abends ein und ließen sich einschließen. Als alles ruhig war, kletterten sie dann in den zweiten Stock hinauf und öffneten die Geschäftsräume mit Nachschlüssel. Sie erdrachten zunächst den Geldschrank und erbeuteten daraus 18 000 Mark, darunter 1400 Mark in Einwegpapiern und Wertpapiere nur in Münzen. An Schmuckstücken fiel ihnen u. a. eine wertvolle schwere amerikanische goldene Uhr in die Hände. Endlich wählten sie für 180 000 Mark der besten Pelzwaren, viele Hüfte, Kragen und Jacken aus und beschwanden durch eine Hintertür, von der sie das Schloß abschraubten und den Kiesel hoben. Die große Beute schafften sie mit einem Handwagen weg, den sie auf dem Hofe fanden. Die bestohlene Handlung führt für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes eine Belohnung von 18 000 Mark aus, bei Teilbeiträgen 10 vom Hundert des Wertes. Alle Mitteilungen, die zur Ermittlung der Diebstahler und ihrer Beute führen können, nimmt die Firma in der Geschäftszeit von 8 bis 11 Uhr entgegen.

Ein neuer Mord auf der Landstraße in der Umgebung Berlins wird gemeldet. Der 21 Jahre alte, aus Polen stammende Arbeiter Kasimir Katagewitsch sollte für eine Posten-Firma eine Ladung Wein von Berlin holen und fuhr am Mittwoch vormittag mit einem selbstgekauften Federwagen, der mit zwei schweren Stuten bespannt war, ab. Er kehrte aber nicht wieder heim, und als man am Donnerstag vormittag suchte, fand man seine Leiche mit einem schlagartigen Schädel in der Nähe von Gladowitz auf der Landstraße. Das Kadaver war verschwunden. Hier ist er wahrscheinlich überfallen und getötet worden, und dann hat der Mörder mit dem Gespann das Weite gesucht, um jenes irgendwo zu verkaufen. Der Wagen trägt ein Firmenbild mit der Aufschrift: J. Mucha, Posten, Telefon 55.

Lebensmittelverteilung. Bis Sonntag, den 22. Dezember, wird an dreizehn Stunden, die in den Speisekarten der in den Bezirken der 44., 46., 50., 51., 52. und 53. Brotkommission gelegenen Geschäfte (Müllerei, Verkaufsstellen) eingetropfen sind, pro Kopf 1 25 Gramm Brot verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Aufhängeschild: „Verkauf von Brot der Kommission Groß-Berlin“ gekennzeichnet sind. — Von jetzt ab dürfen im Gemeindebezirk Berlin-Nordwest, d. h. solche, von denen mehr als 5 Stück auf ein Pfund geben, ohne Besondere von Marken entnommen werden. Der Aufhänger darf die Fische nur an Berliner Einwohner abgeben. Die sich durch die Berliner Besatzung ausweisen.

Bankrott. Am Freitag, den 20. Dezember ab wird in den bekannten Geschäften auf den Weg und Ausstattungsdienst Nr. 33 der allgemeinen Lebensmittellieferung 250 Gramm Brot und eine gute Wurst von 50 Pfennigen ausgereicht. — Von diesem Tage ab findet in den nachstehend benannten Geschäften der Verkauf von Schokolade für Kinder, welche in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 30. September 1919 geboren sind, auf Wunsch statt: Bäckerei, Moritz 15; Handweber, Berliner Str. 40; Hoffmann, Moabit 18; Arionis, Prenzlauer Promenade 150; Reha, Breite Str. 24; Otto, Breite Str. 40; Bant, Berliner Str. 1. Gegen Vorlegung und Abgabe eines in der Brotartenausgabestelle empfangenen Besatzscheines kann eine Tafel Schokolade, 1/2 Pf., zum Preise von 2 05 M. oder zwei Tafeln Schokolade je 1/4 Pf., zum Preise von 2 05 M. entnommen werden. Ein Aufschlag der Ware kann den Käufern nicht eingeräumt werden. — Die Einlösung der Besatzscheine hat bis zum 27. Dezember 1918 zu erfolgen.

Aus den Organisationen.

Achtung! Parteigenossen!

Die Generalversammlung von Groß-Berlin findet Sonntag nicht statt. An deren Stelle

Vorständekonferenz

Der 5. Berliner Wahlkreis im Schulzimmer der Arbeiterbildungsschule, Schielerstraße 5/6.
Der Aktionsauschuß.

Achtung, Parteigenossen der Provinz Brandenburg!

Am Sonntag, 22. Dezember, nachmittags 8 Uhr, findet in Berlin in der Arbeiterbildungsschule, Schielerstraße 5/6, eine Konferenz von Organisationsvertretern der Provinz Brandenburg statt. Alle auf dem Boden der U.S.P.D. stehenden Parteiorganisationen sind hierzu eingeladen. — Tagesordnung: Die Vorbereitung zur Nationalversammlungswahl. — Alle anfragenden Aufschriften bitten wir an die Adresse Richard Herbst, Berlin D. 27, Schielerstr. 5/6, zu richten.

I. Wahlkreis. Am Sonntag, den 22. Dezember, vormittags 12 Uhr, öffentliche Volksversammlung in den Germania-Sälen, Schielerstraße 110. Tagesordnung: Die Wahlen zur Nationalversammlung. Referent: Genosse Haase.

III. Kreis. Heute abend 7 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Bezirksführerkonferenz statt, zu welcher alle Funktionäre eingeladen sind. — Die Genossinnen, welche als Funktionärin tätig sind, treffen sich abends 7 Uhr in der Arbeiterbildungsschule, Schielerstr. 5.

Die Nachrichten über angebliche Verschmelzungen von Vorortwahlvereinen unserer Partei mit solchen der Unabhängigen, wie sie der „Vorwärts“ brachte und die auch wir registrierten, sind mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen. Wohl sind von und Genossen für eine Einigung eingetreten, aber Beschlüsse liegen nicht vor. So wird uns vom Vorstand der U.S.P.D. Straßau mitgeteilt, daß er während Schreiben an den „Vorwärts“ gefandt habe: 1. Die Versammlung war nicht zu gleichen Teilen von Anhängern der beiden Richtungen besucht, sondern es waren von unseren Genossen ca. 6-8 vertreten. 2. Es wurde nicht beschlossen, daß die beiden Wahlvereine schnellstens ihre Wiedervereinigung herbeiführen sollen, sondern die Genossen beider Richtungen sollen auf ihre Parteileitungen einwirken, um eine Wiedervereinigung der beiden Parteien im großen zu bewirken. 3. Eine Verschmelzung der beiden Wahlvereine am Orte konnte schon deswegen nicht vorgenommen werden, da in Straßau bisher von einer Organisation der Mehrheitspartei nichts bekannt war. Die übergroße Mehrheit unserer Straßauer Genossen sieht auf dem Standpunkt, aus tatsächlichen Gründen einen Wahlkompromiß bei der Nationalversammlungswahl zu schließen; einstimmig sind sie der Ansicht, daß es wohl mit den Massen, aber nicht mit einem Scheidemann, Densch und Bonforten eine Wiedervereinigung geben kann. — In einer Versammlung, welche die Unabhängigen am Donnerstag, den 12. Dezember, in Hermsdorf im Restaurant Bellevue abhielten und in der der Redakteur Kommit vom „Vorwärts“ referierte, befanden die sozialistisch anmerken Unabhängigen ihren entschiedenen Gegensatz zu den Ausführungen des Referenten so klar, daß von einer Annäherung der beiden Gruppen keine Rede sein kann. Am Gegenteil kam die beständige Erwiderung über die von den Unabhängigen während des Krieges betriebene Politik zum Ausdruck, die nicht vergessen werden soll.

Schöneberg. Am 10. Dezember fand in „Eberichs Festsaal“ eine lebhaft ausgefallene über die dringenden Agitationsarbeiten statt: Alle Genossen waren von der Notwendigkeit überzeugt, zur Vertiefung des sozialistischen Programms bei allen Berufsständen von den bestehenden Reinigungsverschiebungen zwischen den sozialdemokratischen Parteien und Parteigruppen mit Rücksicht auf die kommende Wahlbewegung zur Nationalversammlung abzugehen. Genosse Bernheim wies die

Gedanken besonders wahrheitsgemäße Worte und gab der Meinung Ausdruck, daß bei Hintansetzung dieser Zweifelsfragen auch jetzt den sozialdemokratischen Bestrebungen noch fernstehende Kreise sich zugänglich erweisen werden. Auch mit Bezug auf die Agitation bei der Landbevölkerung wurde die Richtlinie festgestellt. Für die Landagitation wird eine besondere Kommission gewählt und die Gründung eines Agitationsfonds beschlossen.

Die vorerwähnte Kundgebung führte zur Annahme eines von Genossen Sommerfeld gestellten Antrages. Der lautet: Die Versammlung erklärt sich bereit, in allen Fragen der Tagesordnung für den reinen Sozialismus im Kampf gegen das Bürgertum mit der rechtsstehenden Partei zusammenzugehen. Sie hält sich aber bezüglich der Art der Durchführung des sozialistischen Programms volle Aktionsfreiheit vor und erklärt, daß es dann an eine Fusion mit der rechtsstehenden Partei zu denken ist, wenn diese durch praktische Taten bewiesen hat, daß sie die Durchführung des sozialistischen Programms ernsthaft beabsichtigt.

Straßau. Am Dienstag, den 17. Dezember, fand in Straßau (Tafel „Mittelsberne“) eine von der U.S.P.D. einberufene, sehr zahlreich besuchte Versammlung statt, in der Genosse Pfeiffer über die Aufgaben der sog. Regierung referierte. Der Referent erläuterte die Forderungen des Sozialistischen Programms, deren Durchführung die wichtigste Aufgabe der sog. Regierung sein müsse. Die Regierung dürfe nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Die größte Aufgabe der Regierung sei es, die Arbeiter zu befreien, die die soziale Befreiung des Kapitalismus und Einführung der sozialistischen Wirtschaftsgesellschaft. Das Volk könne am Tag der Wahl seine Stimme nur abgeben für die U.S.P.D. Es folgte eine sehr rege Diskussion, an der sich auch zwei Mehrheitsanhänger beteiligten. In seinem Schlußwort widerlegte Genosse Pfeiffer die von den Mehrheitsanhängern vorgebrachten Argumente. Das Volk könne und dürfe in die Nationalversammlung nur solche Männer wählen, die auch in der Stunde der Not und Gefahr den Sozialismus hochgehalten haben. Da aber könnten die Arbeiter nicht in Frage kommen, denn sie hätten sich, entgegen dem sozialistischen Grundprinzipien 4 1/2 Jahre willig vor dem kaiserlichen sozialistischen Regierungskorps spannen lassen. Der größte Teil der Versammlung und die zum Schluss anwesenden Genossen bewies, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war.

Marienthal. Freitag, den 20. Dezember, Mitglieder-Versammlung des Wahlkreises U.S.P. bei Gerike, Berlin, Straßau 114, abends 8 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Auch Genossen aus der Gegend.

Obereisenhof a. Nordbahn. Auch in unserem Ort zeigt sich nach den gemachten Umständen der letzten Zeit das Bedürfnis, teilzunehmen an den öffentlichen Dingen und sich zu diesem Zweck organisatorisch aufzumachen. Um auch hier eine Ortsgruppe der U.S.P. zu gründen, beriefen einige auf diesem Boden stehende Genossen eine Versammlung ein, in der nach einem einleitenden Referat der Genosse Grünberg die Gründungsfragen und, nachdem gleich 52 Mitglieder, darunter auch Frauen, zur Teilnahme erklarten waren, die Wahlen des Vorstandes und der Bezirksleiter vorgenommen wurden. Der in dieser Versammlung herrschende Geist behandelte den Willen, die Angelegenheit der sozialistischen Republik gemeinsame Sache mit den Anhängern der anderen sozialdemokratischen Partei zu machen, aber nur unter der Bedingung, daß die am meisten kompromittierten Führer dieser Partei beiseite gelassen werden. Auch die Vorarbeiten in Berlin am 6. Dezember wurden mit scharfen Worten geäußert. Es wurde betont, daß sich das Haupt der Sozialrevolution immer drohender erhebe und die Gefahr in Wirklichkeit weit größer sei, als sie von vielen noch heute erkannt wird. Es sei das oberste Gebot der Stunde, die Errungenschaften der Revolution, die wir und wo es auch sei, mit allen Mitteln zu verteidigen.

Preis August Groß-Berlin. Gruppe Veiersburger Straße am Donnerstag, den 21. Dezember, abends pünktlich 8 Uhr, im Lokal von Sieffens, Landsberger Allee 150, unsere diesjährige Weihnachtsfeier statt. Am zahlreichem Erscheinen der Mitglieder und auch ihrer Angehörigen wird gebeten. Eintritt 20 Pf. Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. S. Kestropka, Berlin-Wilmersdorf, Druck der Lindenbruderei und Verlagsbuchhandlung m. S. Schiffbauerdamm 19.

Zeitungs-Austrägerinnen
verlangt
Preuß-Lichtenberg
Tandorferstraße 2.

Insertate
für den darauffolgenden Tag
müssen spätestens bis 8 Uhr
nachm. bei der Expedition
Schiffbauerdamm 19
eingeliefert werden.

4000 Stück
Herren-Anker-Uhren
mit Leuchtziffern, Radumschaltwerk u. Zeigern mit Sekunde
Genauer Stückpreis 7.50 M. 1 Jahr Garantie
Während des ganzen Krieges millionenfach bestens bewährt
Reiche Auswahl in Herren-Armband- und Damen-Uhren.
Deutschlands Uhren-Manufaktur
Leo Frank, Berlin C 19,
Beuthstraße 4.
Auf Montag schenken, da Vorverkaufungen möglich!
Sonntags vor Weihnachten geöffnet.

PAUL CASSIRER VERLAG

Sozialistische Schriften
zur Revolution

EDUARD BERNSTEIN

Staatensbund oder Völkerbund.

Preis 1.50 Mark.

Die Diagnose der Weltkrankheit und das Rezept zu dauernder Gesundheit.

Konferenz der Funktionärinnen von Groß-Berlin

U. S. P. D.

Freitag, den 20. Dezember 7 Uhr abends

in der

Arbeiter-Bildungsschule

Schielerstraße 5

Bei der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist es dringend erwünscht, daß die Funktionärinnen alle erscheinen.

Zu Geschenkzwecken geeignete Werke

Titel	Preis
Luoid Iakow, Das Leben Vater Wassili Firziskis. Novellen	M. 2.50
Das rote Lachen	2.50
Der Gouverneur. Novellen	2.50
Maxim Gorki, Eine Beichte. Roman	5.—
Märchen der Wirklichkeit. Novellen	4.—
Das Mittel. Novellen	2.50
Die Mutter. Ein russischer Arbeiterroman	6.—
Der Spitzel. Roman	5.—
Wie ein Mensch geboren ward. Novellen	4.—
A. Kuprin, Olessja. Novellen	4.—
Leo Tolstol, Auferstehung. Roman	7.50
Briefe 1848-1910	7.50
Der lebende Leichnam. Drama	2.50
Und das Licht erleuchtet in der Finsternis. Drama	2.50
Nachgelassene Werke. 8 Bände in Leinen	15.—
8 Bände in Halbdruck	21.—
Ischak Werschka, Aus Sturmzeit. Ein russischer Revolutionsroman	7.50

J. Ladyschnikow Verlag G. m. b. H.
Berlin W. 50, Rankenstraße 33.